Krise im Saarland spitzt sich zu

1 H 3752 CX

Seite 9

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 38, 22. September 1978 — 12. Jahrgang — 50 Pfennig

Rationalisierungen bei HDW in Hamburg und Kiel

2.000 Werftarbeiter sollen entlassen werden

Der Vorstand von „Howaldtswerke — Deutsche Werft" (HDW) hat in der letzten Woche die Vernichtung von über 2.000 Arbeitsplätzen angekündigt. Der dem Aufsichtsrat der HDW vorgelegte Rationalisierungsplan sieht vor, zwei der insgesamt fünf Werftbetriebe völlig stillzulegen: das Werk Reiherstieg in Hamburg (Neubau von Handelsschiffen) und das Werk Diedrichsdorf in Kiel. Gleichzeitig soll die Produktionskapazität des Werkes Ross in Hamburg um 20 Prozent gekürzt werden. — Damit sind die Hamburger Werftarbeiter von den angekündigten Rationalisierungen am schärfsten betroffen: Von 5.300 Kollegen werden 1.500 ihren Arbeitsplatz verlieren, in Kiel werden es von 7.700 Kollegen 500 sein. — Doch mit der Sorge über die ungewisse Zukunft hat unter den Werftarbeitern auch die Wut über die arbeiterfeindliche Rationalisierungspolitik des staatlichen Unternehmens zugenommen.

Die HDW-Bosse begründen die anstehenden Massenentlassungen mit der weltweiten Krise der Schiffbauindustrie. Zu ihrer Überwindung — heißt es — wären umfangreiche Rationalisierungen nötig. Doch schon seit Jahren rationalisiert die westdeutsche Werftindustrie, rationalisiert HDW. In den sechs Jahren von 1971 bis 1977 vernichteten die HDW-Bosse 4.712 Arbeitsplätze. Gleichzeitig aber stieg der Umsatz des Unternehmens um 342,2 Millionen DM auf 1,224 Milliarden. 1976/77 betrug der Nettogewinn 255,8 Millionen DM. — Da ist es nun kein Wunder, daß der HDW-Vorstand gleichzeitig mit den Massenentlassungen neue Investitionen — vor allem im Kieler Werk Gaarden — ankündigte.

Die HDW-Bosse nutzen die Krise, um auf den Rücken der Arbeiter die Rationalisierung voranzutreiben, die Arbeitshetze enorm zu steigern und aus immer weniger Arbeitern immer mehr Profit herauszupressen. Der HDW-Vorstand forderte — wie Kieler Kollegen uns berichteten — ganz offen, daß die Arbeiter ihre Leistungen erhöhen müßten. Gleichzeitig müßten — so der Vorstand — „verschiedene Mißstände" im Betriebsablauf beseitigt werden. Damit zielt er auf Gewohnheitsrechte der Werftarbeiter — wie Verlängerung der Pausen und lockere Handhabung des Arbeitsbeginns und -endes — ab, die nun gestrichen werden sollen.

Von staatlicher Seite können die von Rationalisierung, gesteigerter Ar-

Fortsetzung auf Seite 4

Mannheim:

Mit Polizeipferden gegen Antifaschisten

NPD-Landesparteitag im Mannheimer Rosengarten. 2.000 Antifaschisten marschieren am Sonntag durch die Stadt, um in einer machtvollen Demonstration ihren Protest gegen diese Provokation zum Ausdruck zu bringen. Sie werden frontal von starken Polizeieinheiten angegriffen. Berittene Trupps jagen ihre Pferde in die Menge der Antifaschisten. Knüppel fahren herab auf die Demonstranten, in ihren Augen brennt das Giftgas aus der Chemischen Keule.

Mit diesem brutalen Überfall wird die Demonstration gesprengt, werden ihre Teilnehmer noch in die umliegenden Straßen gejagt und 50 von ihnen festgenommen. Aber schon kurze Zeit später kann sich der Zug erneut formieren. Zu einem ähnlichen Polizeiüberfall kam es am Wochenende auch während des NPD-Parteitags im westfälischen Bünde (Bericht auf Seite 12). Hier ein Überblick über die Ereignisse in Mannheim:

Bei der Kundgebung werden Flugblätter, unter anderem von der RGO, verteilt, die zur Teilnahme an der Demonstration am Sonntag aufrufen. Bei vielen Werktätigen, die mit der laschen Haltung der DGB-Bonzen gegenüber den Nazis unzufrieden sind, stößt dieser Appell auf Zustimmung. Die Demonstration am anderen Tag jedoch wird von den Behörden verboten. Die Begründung für dieses Verbot reicht von „rein platzmäßigen Grün-



Auch in Bünde hielt die NPD unter dem Schutze der Polizei einen Landesparteitag ab. Es kam zu einer spontanen Demonstration von ca. 400 bis 500 Antifaschisten. Die Polizei versuchte auch hier, die Demonstration mit Gewalt zu zerschlagen.

Breite Empörung löst unter den Werktätigen die Ankündigung der Neonazis aus, ihren Parteitag am Sonntag in Mannheim durchzuführen. Ein breites Bündnis von Antifaschisten bildet sich, um für diesen Sonntag Aktionen vorzubereiten. Auch die DGB-Bonzen sehen sich gezwungen, etwas zu unternehmen. Sie rufen zu einer Kundgebung auf, allerdings am Sonnabend. Schon hier kommt es zu Polizeiprovokationen. Einigen der rund 4.000 Kundgebungsteilnehmern werden Pappschilder, die sie sich umgehängt haben, und Anstecknadeln weggerissen. Später entschuldigt sich dann die Polizeiführung zynisch, es wäre nicht so gemeint gewesen!

den" über eine „Störung der öffentlichen Ordnung" bis zu befürchteten „Tumulten". Genauso erfinderisch waren die Herren auch — allerdings im umgekehrten Sinne — als es darum ging, trotz der starken Proteste den Nazi-Parteitag durchzuziehen.

Da sprach sich zum Beispiel der SPD-geführte Stadt**rat** lautstark gegen den Parteitag aus. Die ebenfalls SPD-geführte Stadt**verwaltung** jedoch konterte gleich, man könne leider nichts gegen die Veranstaltung unternehmen, da seien einem halt gesetzlich die Hände gebunden. So konnten sich dann die Faschisten im Rosengarten zusammenrotten. Schließlich ist

Fortsetzung auf Seite 12

Wußten Sie schon...?

...daß den Schiffbaukapitalisten seit 1962 vom Staat 4,2 Milliarden Mark an Werfthilfe zugeflossen sind? So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Werftherren horrende Profite machen. Die Werft AG „Weser", die zum Krupp-Konzern gehört, machte im vergangenen Jahr den größten Umsatz ihrer Geschichte. Er belief sich auf 934 Millionen Mark. Und das, obwohl „Weser" im gleichen Jahr die Belegschaft um 1.000 Mann „abbaute". Die Howaldtswerke — Deutsche Werft (HDW) in Kiel und Hamburg erzielten im Geschäftsjahr 76/77 einen ausgewiesenen Nettogewinn von 255,8 Millionen Mark. HDW hat jetzt angekündigt, zwei Betriebe stillzulegen und über 2.000 Arbeitsplätze zu vernichten.

Schwere Gefechte in der Stadt Leon

Bürgerkrieg in Nicaragua



Straßenkämpfe in Masaya

Die Kämpfe im mittelamerikanischen Nicaragua haben sich in den letzten Tagen weiter zugespitzt. Schwere Gefechte wurden vor allem aus der Stadt Leon gemeldet. Auch in anderen Städten toben heftige Kämfe zwischen den bewaffneten Kräften des Volkes und der Nationalgarde des Diktators Somoza. Der gesamte Nordwesten des Landes — so berichteten Reisende am Wochenende — ist in der Hand des Volkes.

Somoza hat nach der Verhängung des Kriegsrechts über Nicaragua erklärt: „Pardon wird nicht mehr gegeben." Gnadenlos schießt seine Truppe mit Panzern und den Bordkanonen der Kampfflugzeuge die befreiten Städte zusammen. Ein alter Mann aus der Stadt Masaya, die Somoza vollständig in Schutt und Asche legen ließ, berichtete über den Terror der Nationalgarde: „Es war schrecklich. Die Garde tötete Menschen gerade zum Vergnügen. Es waren Kinder jeden Alters, Frauen, alte Menschen, sie schossen auf alles, was sich bewegte."

Unterdessen rollt der Nachschub für den Henker Somoza aus den USA und dem amerikanischen Lager: schwere Waffen aus Spanien und Israel, Söldner aus den USA. Auch das von Washington abhängige Regime des Nachbarlandes Honduras hat Somoza jetzt Waffen und Soldaten angeboten.

Die nicaraguanischen Patrioten gaben am Wochenende bekannt, daß im Verlauf der vergangenen Woche 440 feindliche Soldaten getötet wurden, mehrere hundert Angehörige der Nationalgarde sind während der Kämpfe desertiert und haben sich zum Teil den Patrioten angeschlossen. (Weitere Berichte auf Seite 10.)

Mit Zustimmung der DGB-Parlamentarier

Kritisch äußerte sich IGM-Chef Loderer am 14. 9. 78 in „Bild" über die geplante Steuerreform der Regierung. Am gleichen Tag stimmten seine DGB-Kollegen in der SPD-Bundestagsfraktion dem Steuerpaket zu. Sie sagten nicht nur ja zur Mehrwertsteuererhöhung auf der einen und zur Erhöhung des Freibetrags für die Gewerbesteuer auf der anderen Seite. Sie stimmten auch dafür, daß den Kapitalisten ab 1980 weitere 2,8 Millionen DM durch die Abschaffung der Lohnsummensteuer geschenkt werden sollen!

Mit der Abschaffung der Lohnsummensteuer hat es eine besondere Bewandtnis. Sie wird an die Kommunen abgeführt und ist eine ihrer wichtigsten Einnahmequellen. Fällt diese Einnahmequelle weg, so kann man sich die Folgen für die Werktätigen an fünf Fingern ausrechnen. Sie bedeuten kurz zusammengefaßt: weniger kommunale Leistungen, dafür aber höhere Preise. Und das zu einer Zeit, wo die kommunalen Gebühren sowieso schon ständig steigen. Allein seit 1972 um 63 bis 86 Prozent!

Aus Angst vor der Empörung der Werktätigen hatten die Vertreter der Kommunen gegen diesen Plan lautstark Front gemacht. Keine Abschaffung der Lohnsummensteuer hieß es, wenn die Gemeinden die entsprechenden Gelder nicht vollständig vom Bund ersetzt bekommen. Bis zur letzten Woche. Als nämlich Kanzler Schmidt die Herren Kommunalpolitiker persönlich ins Gebet nahm, da sahen sie sehr schnell, innerhalb von vier Stunden, ein, daß die Lohnsummensteuer auf jeden Fall weg muß. Auch wenn die Kommunen nur 50 Prozent oder noch weniger ersetzt bekommen...

Partei des Aufbegehrens?

Ein neuer Verein wurde letzte Woche von der SPD-Führung aus der Taufe gehoben. Er heißt „Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik" (SGK) und soll, nach dem Bekenntnis der Herren, den Führungsanspruch der SPD in der Umwelt- und Kommunalpolitik unterstreichen. Um dem ganzen auch den richtigen Glanz zu geben, versuchte sich Parteichef Brandt bei der Gründungskundgebung als Protestler. Er werde schon dafür sorgen, so ließ er sich vernehmen, daß die SPD „immer auch eine Partei des Aufbegehrens und des Protestes" bleibe. Dem erstaunten Fernsehzuschauer, der diesen Auftritt auf der Mattscheibe verfolgen konnte, klangen die Ohren.

Hat nicht eine SPD-Regierung das reaktionäre Atomprogramm durchgedrückt, nach dem unser Land mit AKWs vollgestellt werden soll? Hat nicht die gleiche Regierung gerade erst die Streichung der Lohnsummensteuer beschlossen und damit Milliardenlöcher in den Haushalt vieler Städte gerissen? Und jetzt, wo die Empörung über die Umwelt- und Kommunalpolitik der SPD immer stärker wird, tun die Herren so, als sei gar nichts geschehen und wollen sich auch noch an die Spitze des Protestes stellen?

Aber vielleicht war das ganz anders gemeint mit dem Aufbegehren. Was man etwa an der Person des, zum Chef der SGK gewählten, Ex-Oberbürgermeisters von Frankfurt, Arndt, sehen könnte. Immer, wenn in seiner Stadt gegen kapitalistische Sanierung, für Kindergärten, gegen Atomkraftwerke usw. usf. demonstriert wurde, fühlte dieser Mann ein ganz starkes Aufbegehren dagegen. Und dann konnte er einfach nicht anders und mußte die Demonstranten von seiner Polizei zusammenknüppeln lassen.

Schmidt-Giscard: „Im Geist Karls des Großen"

2,8 Millionen Mark mußte der Steuerzahler für die Renovierung des Aachener Rathauses berappen. Nur so konnte nämlich, nach der Meinung der Herren in Bonn, der würdige Rahmen für die jüngste Begegnung von Schmidt und Giscard geschaffen werden. Eine Begegnung, bei der immerhin — wie der französische Staatschef verlauten ließ — „der Geist Karls des Großen atmete". Nun, dieser Karl hatte ja bekanntlich einen großen Teil des damaligen Europa unter seine Kontrolle gebracht und von Aachen aus regiert.

Schmidt ließ sich auf solche allzu deutlichen historischen Vergleiche nicht ein. Und die Bundesregierung verhängte gar eine Nachrichtensperre über die konkreten Ergebnisse des Treffens. Es sollte nicht der Eindruck erweckt werden, so hieß es, als würden Schmidt und Giscard allein die Entscheidungen für die EG treffen. Offenbar sind die Resultate des Treffens geeignet, genau diesen Eindruck hervorzurufen. Es ging bei den Gesprächen wieder einmal um den geplanten Europäischen Währungsverbund, den Giscard und Schmidt schon bei dem EG-Gipfel im Juli präsentiert hatten (der RM berichtete in Nr. 28/78 darüber). Nach diesen Plänen soll ein gemeinsamer Währungsfonds geschaffen werden, um Schwankungen der Kurse innerhalb der EG zu regulieren. Dieser Fonds würde dann von den stärksten Ländern der EG kontrolliert, vor allem von der Bundesrepublik, die 36 Prozent der Einlagen tragen will. Er wäre somit ein Instrument, mit dem noch weiter in die Wirtschaft der schwächeren EG-Länder eingegriffen werden könnte.

Kein Wunder also, daß Schmidt und Giscard sich über die Einzelheiten ihrer Gespräche darüber lieber ausschweigen, nachdem sie schon beim EG-Gipfel in Bremen auf wenig Gegenliebe gestoßen waren.

Nach den Todesschüssen auf Willy Peter Stoll

„Bild" schreit nach neuen Opfern

Am 14. 9. 78 schreit es von der ersten Seite der „Bild"-Zeitung: „Terror. 20 Koffer Waffen bei alter Dame. 30 Kilo Sprengstoff. Revolver, Pistolen, MPs. Telefonspion." Grundlage dafür ist eine Meldung des BKA über Waffenfunde in einer Wohnung in Wiesbaden. Waffen von angeblichen „Terroristen". Diese Meldung kommt „Bild" wenige Tage nach den Todesschüssen auf Willy Peter Stoll gerade recht, um die Terroristenhysterie anzuheizen. Um sie den Lesern mitzuteilen, können die Lettern nicht groß genug sein.

Anders mit einer anderen Meldung des BKA vom gleichen Tag. Wieder geht es um ein Waffenlager. Wieder geht es um Handgranaten, Pistolenmunition, Sprengstoff. Sogar ganz in der Nähe von Wiesbaden, in Karlsruhe. Über dieses Waffenlager aber erfährt der „Bild"-Leser kein Wort. Es ist kein Thema für die „Terroristenjäger" in der „Bild"-Redaktion. **Denn dabei handelt es sich um ein Waffenlager der Faschisten, der sogenannten „Deutschvölkischen Gemeinschaft"!**

„Klammheimlich"

Im WDR wird live die Sendung „Freitag abends in Düsseldorf" aufgezeichnet, eine Art Talk-Show. Mitten in der Sendung wird eine Nachricht hereingegeben: Willy Peter Stoll erschossen. Wie eine Siegesmeldung präsentiert Moderator Lothar Dombrowski diese Nachricht. „Ich kann meine klammheimliche Freude nicht verbergen", jubelt er. Wieso klammheimlich? Für ein solches widerwärtiges Triumphgeheul über den kaltblütigen Abschuß eines Revolutionärs stellt dieser Staat gerne seine Fernsehanstalten zur Verfügung. Wer Schleyers Ableben nicht betrauerte, der mußte mit einem Verfahren rechnen. Herrn Dombrowski aber werden sicher noch höhere Ehren beim WDR winken.

Seit wann aber werden Springer-Redakteure (und übrigens auch die Redakteure sogenannter „seriöser" Zeitungen) dafür bezahlt, daß sie faschistische Terrorbanden anprangern oder auch nur über sie informieren? Und noch dazu in einer Situation, wo die „Terroristenfahndung" der Polizei auf Hochtouren läuft, wo Hunderte und Aberhunderte von Wohnungen durchkämmt, Hausmeister ausgefragt und sogar die Funkanlagen der Straßenbahnen für polizeiliche Fahndungsmeldungen benutzt werden? Da gibt es für Springers Schreiberlinge nur eins: Die Gefährlichkeit der angeblichen Terroristen in den blutrünstigsten Farben zu schildern, den Lesern einzuhämmern, daß sich die Gewalt der Linken gegen das Volk richtet. Und wenn es nichts dementsprechendes zu berichten gibt, dann wird es eben von den Redakteuren erfunden.

So wie im Fall des Waffenlagers von Wiesbaden. Denn am nächsten Tag, am 15. 9., ist dieses Waffenlager bereits kein Waffenlager mehr, da ist es eine „Zeitbombe", die die „Terroristen" gegen die 59 Bewohner des Hauses legten. Unter der Überschrift „Das Haus, das eine Zeitbombe war" werden alle Register gezogen. Da wird einer Hausbewohnerin der Satz in den Mund gelegt: „Wir könnten schon längst tot sein." Da läßt man einen „Experten" ausmalen, was alles hätte passieren können: „Wahrscheinlich wäre das ganze fünfstöckige Haus in sich zusammengefallen, Mauerbrokken hätten wie Geschosse die Nachbarhäuser getroffen. Ein Trümmerhaufen, viele Tote — wie im Krieg!" Und „Bild" zuerst bei den Leichen! Man spürt förmlich, wie leid es dem „Bild"-Schreiberling tut, daß diese Katastrophe nur in seiner perversen Phantasie existiert.

Es ist nicht das erste Mal, daß „Bild" seinen Lesern solche Schrekkensszenen ausmalt. Und oftmals wurden solche Greuelmärchen auch von anderen Zeitungen oder auch direkt von der Polizei verbreitet. Da gab es die Meldung, „Terroristen" wollten während der Fußballweltmeisterschaft das Volksparkstadion in Hamburg in die Luft jagen; da wurde mehrmals vor dem „Terroristenplan" gewarnt, das Trinkwasser in Stuttgart zu vergiften, da tauchen „Hinweise" darüber auf, daß „Terroristen" in Kindergärten Geiselnahmeaktionen durchführen wollen u. ä. m.

Daß die Polizei und ihre Helfershelfer in den Zeitungsredaktionen an diese Greuelpropaganda, mit der sie die Werktätigen bearbeiten, selbst nicht glauben, konnte man in der letzten Woche sogar in der Zeitung lesen. Da erklärte nämlich ein Mann, der es wissen muß, der Leiter der Staatsschutzabteilung für Verfassungsschutz in Hamburg, Lochte, daß „gewisse Terroraktionen in der Bundesrepublik nach wie vor als ausgeschlossen gelten könnten, so zum Beispiel ein immer wieder ominös in den Diskussionen auftauchender Überfall mit Geiselnahme auf einen Kindergarten" („Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 14. 9.).

Nicht um das Volk geht es diesen Herren also, wenn sie gegen die Gewalt der „Terroristen" und gegen die revolutionäre Gewalt überhaupt hetzen. Ginge es ihnen um das Volk, dann würden sie nach den faschistischen Terrorbanden fahnden, dann würden sie die Werktätigen vor den ständig zunehmenden Gewaltverbrechen schützen. Aber es geht ihnen eben nur um sich selbst. Um ihre eigene Haut, die sie heute vor den sogenannten „Terroristen" retten wollen, um ihre Ausbeuterherrschaft, die sie vor der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen schützen wollen.

Kurz berichtet

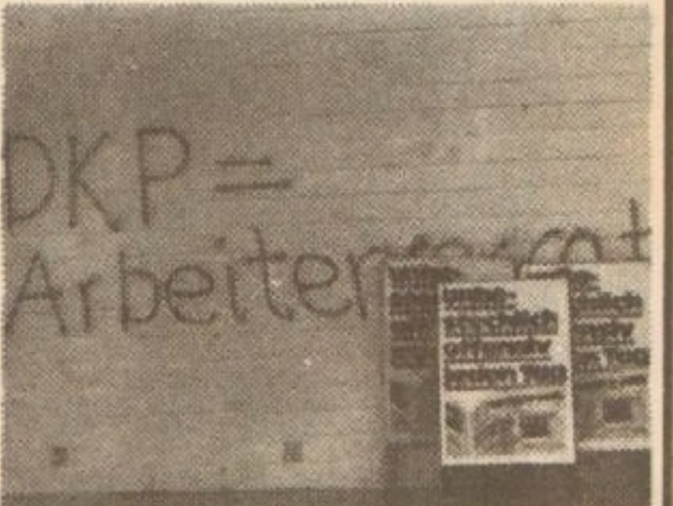
Bremen

Von einer Solidaritätsaktion mit den in Hamburg angeklagten Antifaschisten berichteten uns die Bremer Genossen: „Gröpelingen ist ein Bremer Stadtteil mit starker antifaschistischer Tradition. Als wir von einem zweitägigen Kulturfest erfuhren, das die Stadt in der Urlaubszeit für die Daheimgebliebenen im ‚Grüngürtel' veranstalten wollte, beschlossen wir, die Gelegenheit zu nutzen, um den Hamburger Antifaschistenprozeß breiter bekannt zu machen und für die Prozeßkosten zu sammeln.

Wir errichteten einen Stand, an dem wir selbstgebackenen Kuchen und Saft zum Solidaritätspreis anboten und informierten mit Flugblättern über den Prozeßverlauf. Am Nachmittag des zweiten Tages war nicht nur der Kuchen ausverkauft, sondern wir hatten auch 135 Mark für die Antifaschisten eingenommen, vier Unterschriften gesammelt und zusammen mit der Buchhandlung „Roter Morgen", die ebenfalls mit gutem Erfolg auf dem Fest vertreten war, 800 Flugblätter an die Bevölkerung verteilt. Leider war das Wetter regnerisch, sonst hätten wir bestimmt noch mehr Menschen erreicht."

Aachen

Anfang September zog die DKP in Aachen ihr Pressefest auf. Für alle Besucher weithin sichtbar prangte in unmittelbarer Nähe die Parole: „DKP = Arbeiter-



verrat — KPD/ML." Als die Revisionisten die Parole entdeckten, versuchten sie, das „... verrat" mit ihren Stellschildern zu verdecken. Allerdings — so berichteten uns die Genossen aus Aachen — war tags darauf diese Tarnung wieder verschwunden und die alte Parole erneut sichtbar.

Gunzenhausen

Vor einiger Zeit ist die erste Nummer des „Roten Boten", einer Zeitung der Roten Garde für Gunzenhausen, erschienen. In dieser Ausgabe rufen die Genossen zum Kampf gegen drohende Entlassungen bei der „Deutschen Angelmanufaktur" auf. Weitere Artikel beschäftigen sich mit dem Selbstmord in einer Kaserne und der Rolle die Kirche; in einem weiteren Beitrag stellt sich die Rote Garde vor.



Die Genossen berichten: „Die Stimmen zu dieser ersten Nummer waren interessant und vielfältig. Die einen kritisierten die manchmal harte Ausdrucksweise, andere lehnten Gewalt zur Veränderung ab, aber der Inhalt der Artikel wurde von der Mehrheit bejaht. Eine 59jährige Hausfrau sagte: ‚Das ist die Wahrheit.'"

Aus dem Inhalt

Eine gelungene Veranstaltung ... 4
Ändert der DGB seine Strategie? . 4
1.500 Frauen demonstrierten in Mainz ... 5
Nein zur Beitragserhöhung 5
Band II der Ausgewählten Werke Enver Hoxhas erschienen 6
Das ist das Werk der Isolationshaft 7
Mit Chemischer Keule gegen Prozeßbesucher 7
Volkskorrespondenzen:
— Der Kampf um den Bauspielplatz 8
— Kinder als „notwendiges Übel" 8
— Eine Meinungsumfrage — oder wie man die Leute ausfragt ... 8
— Wochenlang im Dreck wohnen — und dann 10% mehr Miete 8
Krise im Saarland spitzt sich zu ... 9
Bürgerkrieg in Nicaragua 10
Iran: Der Kampf geht weiter 11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Offen gesagt ...

Purer Neid?

„Le Feldwebel" — so nennt man in Frankreich spöttisch den Bonner Kanzler Schmidt, um sein anmaßendes Auftreten auf der internationalen Bühne zu kennzeichnen. Letzten Donnerstag trommelte der Feldwebel die Bundestagsfraktion seiner Partei zusammen. Es ging um Schmidts beliebtes Thema Bundesrepublik und Weltpolitik. Und da forderte er unter anderem, Bonn solle international „möglichst nicht so selbstbewußt in Erscheinung treten". Neue Töne vom Feldwebel? Weit gefehlt. Denn wie eh und je stellte Schmidt wieder die „besondere Rolle" der Deutschen Bundesrepublik in der Weltpolitik heraus.

Aber der Bonner Kanzler sah da einige Probleme darin, diese Rolle auch genügend zu verwirklichen. Schuld daran — so Schmidt — sei vor allem der Neid der Nachbarvölker. Und mit diesem Neid, so stellte er bedauernd fest, „hängt zusammen, daß die Hoffnung, die Erinnerung an Auschwitz und Oradour werde im Ausland sinken, sich nicht erfüllen wird". Die Erinnerung also an die Verbrechen des deutschen Faschismus, an die Vernichtungslager, das Massenmorden im Weltkrieg, die Strafexpeditionen der Wehrmacht, bei denen ganze Orte mit ihrer Bevölkerung ausgelöscht wurden wie das französische Oradour. Die Erinnerung an unsägliches Leid, aus der heraus die werktätigen Menschen in allen europäischen Ländern sich geschworen haben: nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Für den Ex-Wehrmachtsoffizier Schmidt ist das alles nichts weiter als der pure Neid der europäischen Habenichtse auf den reichen Onkel in Bonn.

Und dann lamentiert er darüber, daß die Völker, weil sie nun einmal — verdammt noch mal! — einfach nicht vergessen wollen, auch Fragen stellen, „wenn hier Terroristen erschossen werden oder gegen Rechtsanwälte vorgegangen werden muß". Offensichtlich — da hat sich jemand ertappt gefühlt. Und jetzt soll im Ausland behutsamer aufgetreten werden. So wollen sie den Sturm der Empörung, der Verachtung und des Hasses gegen das Bonner Stammheim-Deutschland unterlaufen, das sich ja selbst als der Rechtsnachfolger des Auschwitz-Deutschlands bezeichnet. Aber auch wenn die Bonner Herren jetzt eine Offensive des Lächelns in Europa starten wollen, die Erinnerung an das Damals und die Empörung über das Heute werden sie damit nicht auslöschen können.

Der abgesagte DDR-Besuch des Schahs

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Die Aufmachung, in der das „Neue Deutschland" vom 11. September die Absage des kurz bevorstehenden Schahbesuchs meldete, war vergleichsweise bescheiden: 16 Zeilen auf der zweiten Seite. Der geringe Umfang der Meldung jedoch zeigte die Erleichterung der revisionistischen Machthaber in Ostberlin. Zu groß war in der Welt die Empörung über die blutigen Untaten des Schahregimes zur Unterdrückung der kämpfenden Volksmassen im Iran geworden.

Für Entspannung und Zusammenarbeit

Interview des „Neuen Deutschland", des ADN und des Fernsehens der DDR mit Mohammad Reza Pahlavi Aryamehr, Schahanschah von Iran

Schahanschah von Iran besucht DDR

Berlin (ADN). Auf Einladung des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker, und Frau Margot Honecker werden der Schahanschah von Iran, Mohammad Reza Pahlavi Aryamehr, und die Schahbanu von Iran, Farah Pahlavi, vom Don-

DDR und Iran entwickeln die wirtschaftlichen Beziehungen

Gemeinsame Kommission beendete in Teheran ihre 2. Tagung

Kniefälle für den Schah in der DDR-Presse

Dabei hatten noch in der vorhergegangenen Woche die Ostberliner Revisionisten ihre Zusammenarbeit mit den persischen Faschisten in den höchsten Tönen gepriesen. Höhepunkt dieser Kampagne war ein Interview des „Neuen Deutschland", der ADN und des Fernsehens der DDR mit dem Schah. Schon die äußere Form und Anlage des Interviews waren eine einzige Huldigung: In den insgesamt zehn Fragen, die die Interviewer an den Schah stellten, schafften sie es, ihn zwölfmal mit „Kaiserliche Majestät" zu titulieren. — Der Schah selbst konnte mit diesem Interview der DDR-Bevölkerung ausführlich seine faschistischen Ansichten darlegen: Das Volk sei immer stärker in die nationale Wirtschaft, in die nationale Produktion einbezogen worden, behauptete er; das durchschnittliche Einkommen sei in den letzten 15 Jahren im Iran von 160 auf 2.250 Dollar gestiegen; **sein** — des Schahs — Hauptziel sei die Abrüstung usw.

Wie sehr der Sinn des Schahs auf Abrüstung und Wohlergehen „seines" Volkes gerichtet ist, zeigte sich mit brutaler Deutlichkeit an den Bluttaten und Massakern seiner Soldateska in den letzten Wochen. Und angesichts der wachsenden Empörung in der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit konnte der Schah seinen neuen Freunden in Ostberlin, die sich stets mit antifaschistisch-antiimperialistischen Bekenntnissen schmücken, keine größere Freude machen, als seinen Besuch abzusagen.

Erleichterung rief diese Absage wohl auch bei den Befehlsempfängern der SED im Westen — der DKP — hervor. Denn der angekündigte Schahbesuch in der DDR hatte sie in schwere Verlegenheit gebracht. Sie hatte gewaltige ideologische Anstrengungen unternehmen müssen, um ihre zur Schau getragene Gegnerschaft zum Schahregime, ihre Anbiederung an die oppositionellen Kräfte des Iran mit der Verpflichtung zur Bejubelung des Schahbesuchs, die die SED ihr auferlegte, in Einklang zu bringen: „Indem (mit dem Schahbesuch) Prinzipien der friedlichen Koexistenz im Verhältnis zum Iran verwirklicht werden, können die Kampfbedingungen der demokratischen Volkskräfte im Innern verbessert werden", schrieb die „UZ" noch kurz vor dem inzwischen abgesagten Besuch.

Die von dem Kampf der iranischen Völker erzwungene Absage des DDR-Besuchs des Schahs bedeutet jedoch keineswegs das Ende der Zusammenarbeit. Zu groß ist die Gier der Revisionisten nach dem Erdgas und Erdöl des Iran, zu verlockend die Aussicht für die Vasallen Moskaus, Einfluß auf das strategisch wichtige Land am Persischen Golf zu gewinnen. Schon von 1973 bis 1976 war der Handelsaustausch zwischen der DDR und dem Iran auf das 15fache angestiegen. Kurz nach der Absage wurde bekannt, daß Delegationen beider Staaten schon wieder über den Abschluß neuer Wirtschaftsabkommen verhandeln. Die Zusammenarbeit zwischen den persischen Faschisten und Ostberliner Revisionisten wird sich — unbeirrt von allen Phrasen über die „Unterstützung demokratischer Kräfte", über die „Solidarität der Völker" — weiter vertiefen.

Neue Propaganda-Eskapaden

Kosmonaut Jähn als „Urenkel Fausts"

Die DDR kommt nicht zur Ruhe. Während der „Fliegerkosmonaut" Siegfried Jähn längst wieder zur Erde zurückgekehrt ist, befindet sich die offizielle Propaganda noch immer auf ihrem wahrhaft kosmischen Höhenflug. Immer waghalsigere Manöver vollführt sie, immer glanzvollere „Ahnenreihen" produziert sie, um die „Großtat" Jähns, der doch nur als Beifahrer an einem Routineflug des sowjetischen Raumfahrtprogramms teilgenommen hat, ins Maßlose aufzublähen (wir schrieben im vorletzten RM darüber). Die neueste und skurrilste Wendung dieser Propaganda aber ist es, Jähns Weltraumflug als eine Verkörperung der Visionen der großen klassischen Dichtung herauszustellen.

„Ein Feuerwagen schwebt, auf leichten Schwingen
An mich heran! Ich fühle mich bereit,
Auf neuer Bahn den Äther zu durchdringen
Zu neuen Sphären reiner Tätigkeit."

Diese Verse stammen aus Goethes „Faust". Faust spricht sich mit ihnen Mut zu, bevor er nach der Giftflasche in seinem Arbeitszimmer greift, um sich umzubringen.

Die DDR-Zeitung „Neue Berliner Illustrierte" — „NBI" aber zieht aus dem Zitat einen anderen Sinn: „Hat er (Goethe) geahnt" — schreibt da ein gewisser Karau — „daß im August 1978 ein geistiger Urenkel seines Faust namens Jähn den Feuerwagen einer Ätherrakete besteigen würde?" — Jähn als Vollender und Fortsetzer des Werkes von Kepler, Leibnitz und Einstein — das haben wir ja mittlerweile schon zur Kenntnis genommen. Aber Jähn als Faust? Wer hätte das gedacht! „NBI"-Schreiber Karau bleibt nicht bei der bloßen „Ahnung" stehen, die Ahnung verdichtet sich ihm unversehens zur Gewißheit, und interpretierend dringt er tiefer in das Zitat ein: Die „leichten Schwingen" erkennt er mühelos als ersten Hinweis auf den Codenamen von Jähns Raumschiff „Habicht"; und die „neuen Sphären reiner Tätigkeit" sind für ihn nichts weiter als eine dichterische Umschreibung der Schwerelosigkeit und Luftleere der Raumstation, in der Jähn seine Werkstoffexperimente macht. Karau liest aus dem Zitat auch Unterschiede zwischen Faust und Jähn — vor allen Dingen aber die Überlegenheit des letzteren — heraus: „Faust, einsam in seiner Studierstube, unsicher noch seines wissenschaftlichen Instrumentariums, von allen guten Geistern verlassen, drückt sich vorsichtig aus: ‚Ich **fühle** mich bereit...'. Jähn meldet präzise: ‚Ich **bin** zum Flug mit dem Raumschiff Sojus 31 als Mitglied der internationalen Besatzung bereit...'"

Kann man den Schwachsinn noch weiter treiben? „NBI"-Karau kann! Einmal das vierzeilige Zitat in den Klauen, traktiert er die literarischen Bilder, bis sie schließlich **die** Bedeutung herausschwitzen, die er haben will: „Faust... suchte die neue Bahn... Im Flug von Siegmund Jähn erfüllt sich dieser Traum. Die neue Bahn — das ist der Sozialismus." Wobei, versteht sich, mit „Sozialismus" das System gemeint ist, das mittels Stacheldraht und Schießbefehl in der DDR herrscht!

Dieses System hat es anscheinend nötig, solche Propagandablüten hervorzutreiben, mit immer absurderen Konstruktionen sich als Erbe aller fortschrittlichen und humanistischen Traditionen, als sozialistisch herauszustreichen! — Doch wer kann das noch glauben? Für wie dumm halten die revisionistischen Machthaber dieses angeblichen „Arbeiter- und Bauernstaates" eigentlich die Arbeiter und Bauern? Die sehen sehr wohl die Wirklichkeit, sehen die Ausbeutung und Unterdrückung durch eine Handvoll Bonzen und Bürokraten, auch wenn „NBI"-Karau hundertmal in seiner geschraubten Art behauptet: „Wenn er (Goethe) etwas Konkretes im Auge hatte, in dem sich seine Vorstellung vom freien Menschen würde realisieren lassen, dann muß es so was ähnliches gewesen sein, wie es auf deutschem Boden seine Befähigung dazu in nunmehr nahezu 30 Jahren erwiesen hat."

Überhaupt hätte Karau gut daran getan, sich Goethes Faust etwas genauer anzusehen. Dann wäre ihm sicher aufgefallen, daß sein „Fliegerkosmonaut" tatsächlich eine Ähnlichkeit mit einer Gestalt dieses Dramas aufweist — nicht mit Faust, sondern mit dem künstlichen Menschlein „Homunculus". „Homunculus" ist von einem vertrockneten Gelehrten im Reagenzglas ausgebrütet worden und schwebt — eingeschlossen in eine Glaskugel wie Jähn in die Glaskuppel seines Astronautenanzugs — durch die Welt des Dramas. „Homunculus" selbst ist ein Zwerg, unscheinbar und gewichtslos; mittels seiner Glaskugel aber vermag er gewaltige Lärm- und Lichterscheinungen hervorzurufen. Hat Goethe hier etwa das Getöse und den Feuerzauber der DDR-Propaganda „vorweggeahnt"? — „Homunculus" bewegt sich vorzugsweise in Gesellschaft der Gespenster großer Gelehrter — Thales und Anaxagoras. — Aber Moment mal! Schmückt sich nicht auch Jähn mit den Geistern großer Wissenschaftler, den Geistern eines Kepler, Leibnitz und Einstein? —

Goethe läßt den „Homunculus" kein langes Leben führen. Nach Ablauf eines einzigen Aktes zerschellt die Glaskugel, und das künstliche Menschlein löst sich auf. Für den geschichtlichen Bestand der „Großtat" Jähns ist ähnliches zu fürchten: Die Propaganda-Seifenblase des Ruhms, in der Jähn daher schwebt, steht kurz davor, unter dem Druck ihrer eigenen Lächerlichkeit zu zerplatzen!

Und da fragst du, wie's mir geht?

Korrespondenz. „Vor kurzem war meine Mutter für zwei Wochen zu Besuch in der DDR bei einer Tante von mir, die wir dort auch vor zehn Jahren schon einmal besucht haben.

Meine Mutter konnte feststellen, daß innerhalb von zehn Jahren sich in der DDR eine Menge geändert, oder genauer gesagt, verschlechtert hat. Das kleine Dorf, in dem meine Tante wohnt, und auch die umliegende Gegend sind schon rein äußerlich verfallen und verkommen. Die Häuser sehen so aus, als könnte kein Mensch mehr darin wohnen, ja, die Toilette ist teilweise noch das alte Plumpsklo auf dem Hinterhof!



Altbau in Berlin: heruntergekommen und verwahrlost

Die wenigen Lokale sind gerade soweit sauber, wie es der Publikumsverkehr verlangt; als einmal die Kellertür geöffnet blieb, sah meine Mutter Spinnweben und ähnliches.

Auch die politische Unzufriedenheit mit dem System ist fortgeschritten. In einer bekannten Familie von uns wurde in dieser Hinsicht kein Blatt vor den Mund genommen. Der Schwiegersohn in der Familie, ein Soldat, verzog sich bei solchen Diskussionen mit der ironischen Bemerkung, diese Gespräche seien nichts für ihn.

Dort kursiert zur Zeit folgende Anekdote: Zwei Bekannte treffen sich. Fragt der eine den anderen: Wie geht's? Antwort:

Im Konsum keine Bekannte,
im HO* keine Verwandte,
aus dem Westen kein Paket,
und da fragst du, wie's mir geht?



Für Westmark kann man in der DDR alles bekommen. Bild: Nachschub für den Intershop.

Da bleibt nur noch der Intershop für DDR-Bürger. Inzwischen ist es nämlich so, daß zweierlei Sorten von diesen Devisen-Shops existieren: einmal die für westliche Besucher und Transitreisende und die für DDR-Bürger, die irgendwie an Westgeld herankommen. Versteht sich, daß in letzterem die Waren noch eine Ecke teurer sind als in den anderen!

Auffallend war für meine Mutter, daß viele technische Geräte (Mixer, Waschmaschinen etc.) baugleich mit denen in der DBR sind, aber doch um ein Vielfaches teurer. Einfache Trommelwaschmaschinen kosten zum Beispiel ca. 1.500 Mark. Meine Tante aber kocht ihre Wäsche noch immer in einem Zuber im Keller, sie hat lediglich eine Schleuder.

Zur Gesundheitsfürsorge: Meine Kousine bekam vor vier Jahren ihr zweites Kind. Nach einem halben Jahr normaler Entwicklung bekam ihr Sohn plötzlich Krämpfe und blieb in seiner Entwicklung stehen. Inzwischen hat er eine lange Zeit Krankenhausaufenthalt hinter sich, wobei meine Kousine eine ganze Menge kleiner Geschenke wie Kaffee u. ä. an die Krankenschwestern verteilte, damit diese den Jungen nicht allzusehr vernachlässigten. Der Junge kann aber als Vierjähriger kein Wort sprechen, nicht laufen, essen noch sonstwie seine Bewegungen koordinieren. Er wird zeitlebens pflegebedürftig sein. Durch Zufall erfuhr meine Kousine dann von einer anderen Ärztin, daß ihr Sohn wahrscheinlich einen Impfschaden erlitten hat. Meine Kousine hatte während der Schwangerschaft Blutungen, was die Abwehrkräfte des Kindes stören kann, so daß solche Kinder meist nicht geimpft werden. Meine Kousine wurde überhaupt nicht danach gefragt. Das zeigt, wie auch die Krankenpersonal-Bestechung, daß in der DDR genausowenig für die Gesundheit der Werktätigen gesorgt wird wie hier auch.

Zum Benehmen der sowjetischen Besatzer noch folgende Begebenheit: Das nahe Forstgebiet darf wegen akuter Brandgefahr von Autos nur durchfahren werden, sie dürfen nicht anhalten. Nach irgendeinem Unfall blieben die sowjetischen Soldaten aber einfach dort und reparierten ihre Autos, während die Benzinkanister in der Gegend herumstanden."

*) HO ist die Abkürzung für „Handelsorganisation" — das sind die staatlichen Läden in der DDR.

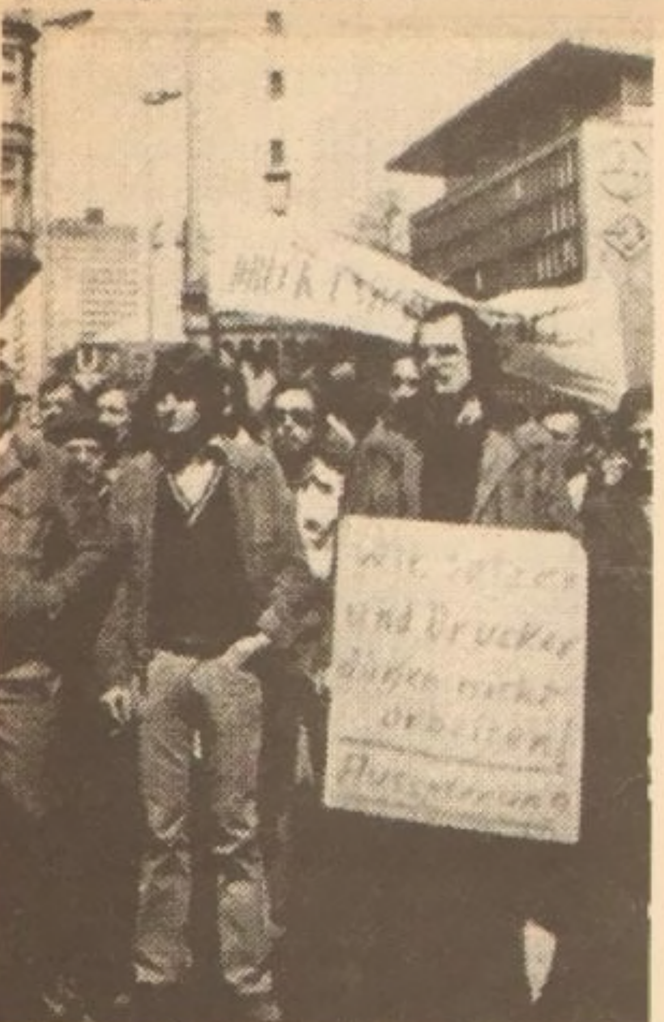
AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Manteltarif Stahlindustrie

In Krefeld fand jetzt die zweite Runde der Verhandlungen um einen Manteltarifvertrag für die 210.000 Beschäftigten der Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen, Bremen und Osnabrück statt. In provokatorischer Weise hat der Unternehmervertreter „der Gewerkschaft klargemacht", daß Arbeitszeitverkürzung „aus Kostengründen und prinzipiellen Erwägungen nicht in Frage käme". Daraufhin hat der IG-Metall-Verhandlungsführer Kurt Herb, statt der Provokation entgegenzutreten, sich auf einen neuen Verhandlungstermin am 16. Oktober eingelassen. Dieser Termin ist offensichtlich so gewählt, um die Verhandlungen um den Manteltarif mit den dann beginnenden Lohntarifverhandlungen zusammenlegen zu können. Damit wähnen sich diese Verräter ihrem Ziel näher, Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung gegen Lohnforderungen aufrechnen zu können!

Aussperrungsklagen erfolgreich

Die 9. Kammer des Arbeitsgerichts Frankfurt mußte jetzt die von hessischen Druck- und Verlagshäusern angewandte brutale Aussperrung während der Druckerstreiks im Frühjahr als rechtswidrig zurückweisen. Das ist ein Erfolg, der auf die zutage getretene Kampfbereitschaft der Drucker zurückzuführen ist. Juristisch begründete das Gericht die Entscheidung mit der hessischen Landesverfassung, die ausdrücklich Aussperrungen verbietet. Die Unternehmer haben sofort anmaßend angekündigt, daß sie das hessische Landesrecht in der zweiten Instanz mit dem Bundesrecht (Grundgesetz samt Notstandsgesetzen) brechen wollen. Die Druckereiarbeiter müssen auf der Hut sein, daß ihnen dieser Erfolg nicht in zweiter Instanz wieder genommen wird, und sich auf den Kampf gegen einen erneuten Angriff der Druckkapitalisten vorbereiten. Im übrigen Bundesgebiet sind die Arbeitsgerichte nicht zimperlich mit ihren „Rechtssprüchen" gegen die Arbeiter. Das Arbeitsgericht Osnabrück wies 41 Klagen der IG Drupa gegen die Aussperrungen zurück und erklärte diese für rechtmäßig. Ebenso das Arbeitsgericht Karlsruhe, das die Ablehnung einer Klage gegen eine Karlsruher Druckerei genauso begründete. Von demselben Gericht wurden 25 Lohnklagen gegen ein Druckunternehmen in Baden-Baden zurückgewiesen. Ebenso kamen beim Arbeitsgericht Kiel Lohnklagen nicht durch. Hieran zeigt sich deutlich: das beste Mittel gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer wäre seinerzeit der Vollstreik gewesen. Die Vertröstung der Drupa-Bonzen auf die „Verklagungslawine" war ein Bluff, um den Kampf der Drucker zu brechen!


Druckerdemonstration in Frankfurt

Tarifrunden

Auch in Bayern beginnt jetzt die Tarifrunde für die Bierbrauer, und auch hier fangen die NGG-Bonzen mit dem gleichen Betrugsmanöver an wie in den anderen Brauerei-Tarifbezirken: Von vornherein peilen sie auch hier mit einer 7-Prozent-Forderung einen Niedriglohnabschluß und einen ähnlichen Verrat in der Frage der Arbeitszeitverkürzung wie bei den Verhandlungen in NRW an (siehe RM 36/78). In Hamburg stellte die Gewerkschaft Holz und Kunststoff für die kommenden Tarifverhandlungen für Hamburg und Schleswig-Holstein eine Lohnforderung von nur 8 Prozent auf. Die Kollegen erwarten, daß diesmal auch endlich ein volles 13. Monatsgehalt (bisher 50 Prozent) durchgesetzt wird! Für die 10.200 Beschäftigten der papiererzeugenden Industrie Niedersachsens hat die IG Chemie Papier Keramik eine Lohnerhöhung von lediglich 5 Prozent ausgehandelt. Die Ausbildungsvergütung wird nach diesem Tarifvertrag nur um 29 bis 34 Mark angehoben! Demagogisch als „Erziehungsurlaub von drei Jahren" wird das Ergebnis der Verhandlungen der Gewerkschaft Handel Banken Versicherungen mit der Porst-Gruppe um einen Manteltarifvertrag bezeichnet. Danach kann man „für die Pflege und Erziehung eines Kindes einen Erholungsurlaub von drei Jahren" antreten, ohne in der Zwischenzeit seinen Arbeitsplatz zu verlieren. Natürlich ist das schon einmal ein Erfolg, den sich auch die Beschäftigten in den anderen Branchen wünschen. Nur steht dieses Verhandlungsergebnis natürlich in keinem Verhältnis zu dem Image Porsts als „marxistischer" Unternehmer. Denn, bezahlt bekommt man in den drei Jahren keinen Pfennig!

Metzeler muß in München bleiben

Die Bosse von Bayer-Leverkusen wollen das Münchener Werk ihrer Tochtergesellschaft Metzeler Kautschuk AG stillegen (der RM berichtete in seiner letzten Ausgabe darüber). Von den insgesamt rund 2.300 Beschäftigten — das wurde in der vergangenen Woche noch einmal bestätigt — sollen ganze 400 ihren Arbeitsplatz behalten. Und auch das nur vorläufig, solange nämlich, wie München der Verwaltungssitz der Metzeler AG bleibt.

Der Betriebsrat des Werkes hatte nach Bekanntwerden der Stillegungspläne seiner Hoffnung auf die bayrische Landesregierung Ausdruck gegeben. Jetzt legte Wirtschaftsminister Jaumann seine Vorstellungen vor. Er sei bereit, so ließ er sich vernehmen, der Metzeler AG finanzielle Unterstützung für eine etwaige Neuansiedlung an einem „strukturpolitisch interessanten Ort in Bayern" zu gewähren. Dieses „großzügige" Angebot ist ein Schlag ins Gesicht der Münchener Metzeler-Kollegen.

Denn es bedeutet: die Bayer-Bosse können das Werk in München dichtmachen. Sie können Riesenprofite aus der Spekulation mit dem wertvollen Boden schlagen (das Werk liegt direkt im Münchener Stadtzentrum). Und dann können sie auch noch auf fette Subventionen aus der Staatskasse, das heißt aus Steuergeldern rechnen, wenn es ihnen belieben sollte, einen Teil der Produktion in einem neuen Werk irgendwo in Bayern aufzunehmen.

Für die Metzeler-Kollegen jedoch sind solche Pläne völlig unannehmbar. Was die Stillegung für sie bedeuten würde, kann man sich ausrechnen, wenn man weiß, daß es heute schon über 25.000 Arbeitslose in München gibt. Deshalb bleibt ihre berechtigte Forderung: keine Schließung des Werkes in München! Kein Arbeitsplatz darf verloren gehen!

Vetters scheinradikale Sprüche

Hat sich Heinz Oskar Vetter nun plötzlich zum revolutionären Gegner des kapitalistischen Systems gewandelt? Fast könnte der Eindruck entstehen. Jedenfalls wenn man den Rummel sieht, den die Massenmedien (und nicht zuletzt das DKP-Sprachrohr „UZ") um die neuesten Tiraden des DGB-Vorsitzenden gemacht haben. Von „Strategieänderung" des DGB war die Rede und davon, daß die Gewerkschaftsführung jetzt ganz auf radikal umschalten wolle.

Auf die SPD könne die Gewerkschaft sich nun nicht mehr verlassen, erklärte Vetter vor versammelter Funktionärsmannschaft. Es gelte nun Abschied zu nehmen von der Vorstellung, daß die SPD „der natürliche Vollstrecker gewerkschaftlicher Forderungen auf parlamentarischer Ebene" sei.

Nun muß allerdings gesagt werden: mit diesen „Erleuchtungen" kommt Vetter ein bißchen spät an. Unter den Arbeitern haben jedenfalls viele schon längst „Abschied genommen von dieser Vorstellung". Mehr noch: die klassenbewußten Arbeiter wissen, daß die SPD nicht nur seit über 50 Jahren kein „Vollstrecker gewerkschaftlicher Forderungen" mehr ist, sondern daß sie zum Vollstrecker der Profitinteressen und der politischen Belange des Monopolkapitals wurde, ungeachtet dessen, daß diese Partei sich immer noch gern als „Arbeitnehmerpartei" gibt.

So deutlich jedoch möchte ein Heinz Oskar Vetter die Dinge natürlich nicht beim Namen nennen. Nicht umsonst ist er ja selbst Mitglied dieser Partei.

Mitbestimmungsschwindel wird durchschaut

Vetter nahm auch des DGB-Apparats liebstes Kind ins Visier: die Mitbestimmung. Er redete von großer Enttäuschung über die bisherigen Erfahrungen mit dem Mitbestimmungsgesetz von 1976. Eigentlich — so der DGB-Boss — verdiene dieses Mitbestimmungsgesetz seinen Namen gar nicht. Fragt sich allerdings: wer ist denn nun so furchtbar enttäuscht darüber? Vielleicht die Masse der Arbeiterschaft? Wohl kaum. Nicht etwa, daß die Arbeiter mit der Mitbestimmung zufrieden wären. Beileibe nicht! Aber sie haben den großen Sprüchen und Versprechungen der DGB-Bonzen im Zusammenhang mit der Mitbestimmung noch nie so recht geglaubt. Was soll auch schon dabei herauskommen, wenn es sich da DGB- und Betriebsratsbonzen in den Aufsichtsratssesseln bequem machen und für fette Tantiemen darüber mitbestimmen, wie die Konzernherren den höchsten Profit aus unseren Knochen pressen können?

Neue Strategie?

Von irgendeiner Riesenenttäuschung über das Mitbestimmungsgesetz unter den Arbeitern kann also keine Rede sein. Dafür aber von einer größeren Klarheit in den Köpfen. Die Erfahrungen mit der Mitbestimmung haben nämlich die Erkenntnisse gefördert, daß der DGB-Apparat die Interessen der Arbeiterklasse nicht nur nicht vertreten **kann**, sondern daß er das in Wirklichkeit auch gar nicht **will**. Denn wer Rationalisierungspläne, geplante Massenentlassungen und Stillegungen den Belegschaften verheimlicht, wer solchen Angriffen der Kapitalisten (offen oder versteckt) seinen Segen gibt, wie die DGB-Mitbestimmer in den Aufsichtsräten das in der Regel tun, der steckt mit den Kapitalisten unter einer Decke. Außerdem ist in der Arbeiterklasse die Klarheit darüber gewachsen, daß die Politik der Klassenzusammenarbeit nur den Unternehmern und Konzernherren nutzt, weil sie vom konsequenten und unversöhnlichen Kampf für unsere Interessen abhalten soll.

Aber das ist es eben, was der DGB-Führung solche Sorgen macht: daß die Klarheit über die reaktionäre Rolle des DGB-Apparats, über seine Arbeiterfeindlichkeit wächst und die Klarheit über die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes. Die scheinradikalen Sprüche von „Strategieänderung" oder dem sogenannten „Frühwarnsystem", das der DGB-Apparat angeblich organisieren will, wie auch die Forderung nach einer „besseren und echten" Mitbestimmung sollen nur neue Illusionen in der Arbeiterklasse erzeugen.

1.500 Frauen demonstrierten in Mainz

Am 9. September marschierten 1.500 deutsche und ausländische Frauen durch Mainz und demonstrierten für die Gleichberechtigung der Frau, gegen die Arbeitslosigkeit, die in besonders hohem Maße die werktätigen Frauen trifft, gegen die Diskriminierung der Frauen bei der Berufsausbildung. Diese Demonstration wurde vom DGB organisiert, der damit die wachsende Kampfbereitschaft unter den Frauen aufgriff. Aber hier marschierten nicht nur die berufsmäßigen Abwiegler des Kampfes der Frauen wie zum Beispiel Gisela Kessler vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier, hier marschierten viele Frauen, die die Übel der kapitalistischen Krisenwirtschaft am eigenen Leibe kennengelernt haben, die selber arbeitslos sind, die keinen Ausbildungsplatz oder Kindergartenplatz für ihr Kind gefunden haben.

In demagogischen Reden versuchten die weiblichen DGB-Funktionäre auf der Woge der Empörung zu schwimmen, und so förderten sie auch manche erschreckende Tatsache zu Tage. So rechnete besagte Gisela Kessler z. B. vor, daß es insgesamt über eine Million Frauen sind, die zu den Arbeitslosen in unserem Land zählen, die aber zum größten Teil nicht in der Statistik erfaßt werden. Oder sie stellt fest, daß die Arbeiterinnen immer noch durchschnittlich 30 Prozent weniger Lohn bekommen als ihre männlichen Kollegen. Aber was Gisela Kessler bewußt verschweigt, das ist die Rolle, die der DGB bei der Schaffung dieser Misere gespielt hat. Man braucht sich nur einmal anzusehen, wie der Gewerkschaftsapparat den Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit hintertrieben hat.

Unmittelbar nach dem Kriege wurden eigens schlecht bezahlte Frauenlohngruppen eingerichtet. Das geschah in den Tarifverträgen, die mit dem Gewerkschaftsapparat abgeschlossen wurden. Als die Empörung über diese offene Diskriminierung der Frau wuchs, wurden 1955 durch ein Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichts die Frauenlohngruppen abgeschafft. Keine Hürde für die arbeiterfeindlichen DGB-Bonzen! Schon 1956 einigte sich der IG-Metall-Vorstand mit den Metallbossen über die Einführung der Leichtlohngruppen I und II. Sie traten an die Stelle der Frauenlohngruppen. Erst 18 Jahre später wurde als Ergebnis des Kampfes der werktätigen Frauen und Männer die Lohngruppe I gestrichen. Und als 1973 die Arbeiterinnen der Firma Pierburg in Neuß die Streichung der Lohngruppe II durch einen „wilden" Streik erzwangen, verweigerte ihnen der Gewerkschaftsapparat jede Unterstützung. Aber gerade dieser Streik hat auch gezeigt, daß die Arbeiterinnen ihre berechtigten Forderungen genauso kämpferisch und kompromißlos durchsetzen können wie ihre männlichen Kollegen.

Eine gelungene Veranstaltung



„Das geht jeden Lehrling an!" Unter diesem Motto hatte die „Initiative Übernahme aller Lehrlinge in den erlernten Beruf" am 15. 9. zu einer Veranstaltung aufgerufen. Die Initiative war im Mai von jungen Kolleginnen bei Opel/Bochum gebildet worden, als der Konzern sich weigerte, 13 Bürogehilfinnen in ihren erlernten Beruf zu übernehmen.

Rund 70 Interessierte waren zu der Veranstaltung gekommen. Die Initiative berichtete über ihren bisherigen Kampf und die Erfolge, die schon erzielt wurden. Man diskutierte über weitere Aktionen gegen die Angriffe der Bosse. Insgesamt hatte die Veranstaltung einen lebendigen und solidarischen Charakter. Einige Jugendliche trugen Lieder vor, der „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt", die „Pfeffermühle" brachten kleine Theaterstücke. Unter den Solidaritätsadressen, die von den Veranstaltern verlesen wurden, war auch eine der Roten Garde.

Die Milliarden Beitragsgelder — wo sind sie geblieben?

Nein zur Beitragserhöhung

„Ein Pfennig von jeder Mark ..." Überall provoziert der freche Griff der Bonzen in unsere Taschen die Wut der Kollegen und den Entschluß: Das lassen wir uns nicht gefallen!

Die Empörung unter den Gewerkschaftsmitgliedern wird auch von vielen Vertrauensleuten geteilt. Und sie ist vollauf berechtigt. Denn wen machen die hohen Beiträge wohl stark? Etwa uns Arbeiter und kleine Angestellte, uns einfache Gewerkschaftsmitglieder? Schön wär's. Aber leider ist es nicht so. Tatsache ist doch, daß die DGB-Bonzen am liebsten überhaupt nicht streiken würden. Ihnen liegen ihre Posten und die Profite der Unternehmer mehr am Herzen als unsere Interessen. Das ist die bittere Wirklichkeit!

Allein die IG Metall kassiert jedes Jahr eine runde Drittelmilliarde Mark an Beitragseinnahmen. Das gesamte Beitragsaufkommen im DGB beläuft sich auf rund eine Milliarde im Jahr. Man kann sich also ausmalen, welch ungeheure Summen wir im Laufe der Zeit in den DGB hineingebuttert haben. Und was ist mit diesem Geld geschehen? Wo sind die Milliarden geblieben? Nur ein verschwindender Bruchteil davon gelangt wieder in die Hände der Mitgliederbasis.

Jeder kennt das widerwärtige Gejammere der Bonzen, das immer dann kommt, wenn in den Betrieben gefordert wird: Schluß jetzt mit Verschleppen und Verhandeln, die Gewerkschaft soll endlich streiken lassen! „Wir haben kein Geld", heißt es dann, „Kollegen, seht doch ein, ein Vollstreik würde die Gewerkschaft finanziell ruinieren; das ist es doch, was die Unternehmer erreichen wollen." Von wegen kein Geld! Was die DGB-Führer in der Vergangenheit an Streikgeldern locker gemacht haben, kann man vergessen. In der IG Metall waren es im vergangenen Jahr ganze zwei Prozent des Beitragsaufkommens. In früheren Jahren war es noch weniger. Ein nicht geringer Teil der Gewerkschaftsmitglieder hat seit 30 Jahren noch keinen Pfennig Streikgeld gesehen, so z. B. die Kollegen in der Eisen- und Stahlindustrie. Aber allein für Verwaltung und Personalkosten hat die IGM im vergangenen Jahr 40 Prozent der Mitgliedsbeiträge verschleudert. Weitere 25 Prozent schluckten die Posten Werbung, Information und Bildung. Und wir verraten kein Geheimnis, wenn wir es aussprechen: die Spitzenfunktionäre und höheren Bonzen genehmigen sich Gehälter, die denen von wohlbestallten Managern kaum nachstehen. Auch im Spesenmachen ist das Geschick der DGB-Bonzen unübersehbar.

Und sollen sie uns doch nicht damit kommen, die Aufwendungen für all die Veranstaltungen und Aktivitäten der Gewerkschaft wie z. B. für Kongresse, Bildungslehrgänge usw. seien zur Stärkung unserer Kampfkraft gedacht. Wir kennen doch ihre Abwiegeleien, ihre Streikbruchtaktiken und ihre innige Freundschaft mit der Regierung und den Konzernherren. Und vergessen wir eines nicht: Im Laufe der Jahre haben die DGB-Führer mit unserem Geld ein regelrechtes kapitalistisches Wirtschaftsimperium aufgebaut, den DGB-eigenen Konzern (Bank für Gemeinwirtschaft, Neue Heimat, Coop, Gut-Reisen usw.), der zu den größten und mächtigsten der Bundesrepublik zählt. Über 100.000 Arbeiter und Angestellte sind hier beschäftigt, und die Arbeitsbedingungen sind hier nicht weniger schlecht als in irgendwelchen anderen Firmen. Auch hier wird rücksichtslos auf den Knochen der Belegschaften rationalisiert und der Profit in die Höhe getrieben. Mit diesem Konzern verfügt der DGB-Apparat über ein riesiges Kapital und über üppig sprudelnde Profitquellen, die von den Beitragseinnahmen unabhängig sind.



Die neue RGO-Zeitung ist da! Ihr wurde auch der Artikel „Nein zur Beitragserhöhung!" entnommen. Weitere Themen sind: die Vorbereitung des Gründungskongresses der RGO, die Diskussion über ein Aktionsprogramm gegen Rationalisierungsterror und Arbeitslosigkeit. Die neue RGO-Zeitung enthält ausführliche Berichte über die Rationalisierungsmaßnahmen bei Krupp, über den Streik bei Michelin und die Tarifrunde in der Brauindustrie.

Preis 30 Pfennig.
Bestellungen an:
Dithmars Theil
4600 Dortmund 41
Postfach 410332

Fazit: dem Geschwätz, es sei kein Geld da, kann man nur entgegnen: Haltet doch eure Märchenstunde woanders ab! Uns könnt ihr nicht für dumm verkaufen. Die Beitragserhöhungen haben nicht die geringste Berechtigung. Keinen zusätzlichen Pfennig in die Kasse der Bonzen!

2.000 Werftarbeiter sollen entlassen werden



Die Arbeitsplätze von vielen Kollegen sind bedroht.

Fortsetzung von Seite 1

beitshetze und Entlassung bedrohten Arbeiter keine Hilfe erwarten. Denn die Herren Politiker — ob es sich nun um die CDU-Regierung Schleswig-Holsteins oder die Bonner SPD/FDP-Koalition handelt — sind selber die Verantwortlichen. HDW gehört zu 75 Prozent dem staatlichen Salzgitterkonzern und zu 25 Prozent dem Land Schleswig-Holstein. So zeigen die Vorgänge bei HDW auch deutlich, was von den staatlichen Programmen und Versprechungen, dem angeblichen „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit" wirklich zu halten ist: nichts! — Helfen tun die Herren Politiker nur den Unternehmern und — sich selbst: Seit 1962 haben sie 4,2 Milliarden DM an Subventionen — finanziert aus den Steuermitteln — in die Taschen der westdeutschen Werftherren gesteckt!

Die IG Metall bei HDW hat bisher keine klare und offensive Frontstellung gegen die bevorstehenden Entlassungen bezogen. Dies dürfte ihr auch schwerfallen, ist sie doch eng mit den staatlichen Stellen verbunden, sitzt doch der ehemalige Gewerkschaftsbonze Heinz Scholz als Mitglied im Vorstand der HDW. Abwarten! — ist daher die Hauptparole der IGM. Erst wolle man einmal die Pläne und **schriftlichen** Unterlagen einsehen, und dann sehen, was man unternimmt.

An konkreten Maßnahmen hat der Hamburger Betriebsrat, der von der IGM beherrscht wird, daher vorerst nur vorgeschlagen, „Arbeit" von Kiel wegzunehmen und nach Hamburg zu verlagern. Der Kieler Betriebsrat (ebenfalls mehrheitlich IGM) schlug vor, z. B. den U-Boot-Bau aus dem Werk Süd in Kiel nach dem Werk Diedrichsdorf zu verlagern. Doch was ist damit letztlich gewonnen? Diese Vorschläge zielen doch nur darauf, die Rationalisierungen umzuverteilen und umzugruppieren, sie also in einem besseren Licht erscheinen zu lassen — nicht aber, sie zu bekämpfen.

Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) hat den Kampf gegen die Entlassungen aufgenommen. Unterstützt wird sie dabei von den Werftbetriebszellen der KPD/ML. Denn in Hamburg und Kiel, wo die Kollegen jeweils drei RGO-Betriebsräte gewählt haben, ist die RGO die einzige gewerkschaftliche Kraft, die konsequent gegen Entlassungen, Arbeitshetze und Rationalisierungsterror auftritt. In Kiel z. B. hat sie jetzt die Forderungen „Keine Entlassungen!", „Weg mit dem Programmlohn!", „Werk Diedrichsdorf muß bleiben!" aufgestellt, um die Kollegen gegen die Rationalisierungen zusammenzuschließen. Sie bereitet sich vor, auf der Betriebsversammlung am Mittwoch zusammen mit den Kollegen der Hinhaltetaktik und dem Expertengenauschel der IGM-Betriebsräte entgegenzutreten. Denn nur der geschlossene, selbständige und aus eigener Kraft geführte Kampf der Werftarbeiter kann die angekündigten Massenentlassungen verhindern!



Irgendwas stimmte nicht im WHL

Denn das, was die Kollegen an diesem Morgen sahen, hatte es bis dahin noch nicht gegeben. Er lief durch den Laborsaal mit wehenden Kittelenden. Wie ein aufgescheuchtes Huhn.

Wer? Wann?

„Unser" Herr Schiller. Der sonst so „coole und korrekte" Obermeister, der sonst durch nichts zu erschüttern ist. An diesem Morgen war er es. Sein bis dahin unangefochtenes Ich war mit einem mal zunichte gemacht worden. Da hatten doch wirklich die „Roten" die Dreistigkeit besessen, die Wahrheit über ihn und seinen Handlanger Grollius zu schreiben. Welche Unverschämtheit.

Die kurze Information im letzten „Klassenkampf" über die beiden „Verbesserungsheinis" brachte sein Blut in den Adern zum Kochen.

Und die Reaktion von den anderen Meistern?

Jeder, von „Brossi" bis zum „Edelpreußen" tut's dem Obermeister gleich. Jeder will unbedingt den Artikel über „Rationalisierungen auch in den Labors" und die kurze Information über Schiller und Grollius fotokopieren. Und der Erfolg?



Es gibt wohl von den 600 Kollegen des WHL kaum einen, der den „Klassenkampf" nicht gelesen hat.

Herr Schiller und Co., wir danken Ihnen!

Entnommen aus „Klassenkampf" (Betriebszeitung der KPD/ML bei Bayer Leverkusen)

Gesundheitlich ruiniert und dann gefeuert

Nachfolgend möchte ich kurz schildern, wie es einer Kollegin erging, die von der Arbeit gesundheitlich ruiniert wurde und rausflog.

Triantafillia T. hatte am 8.5.72 bei SKF in Cannstatt angefangen. Zuletzt arbeitete sie als Fräserin und mußte dabei schwere Materialkisten auf Paletten setzen. Früher hatte sie nie Rückenschmerzen, dann stellten sich jedoch Schäden an den Bandscheiben ein, weswegen unter anderem dreimal Klinikaufenthalt notwendig wurde. Zum 31.5.78 kündigten ihr dann die SKF-Kapitalisten wegen häufiger Fehlzeit. Inklusive Schwangerschaft hatte sie während ihrer sechsjährigen Arbeitszeit zwei Jahre wegen Krankheit gefehlt.

Da die Kollegin überzeugt war, daß ihr Leiden von der Arbeitsbelastung herrührte sowie auch von den „freiwilligen" Überstunden, klagte sie beim Arbeitsgericht gegen die Kündigung. Der Richter hielt die Kündigung für rechtens, allerdings mußte SKF nunmehr läppische 1.000 DM Abfindung bezahlen. Die Kollegin mußte ihren Rechtsanwalt aus eigener Tasche bezahlen, da sie von der IGM-Rechtsstelle nicht unterstützt wurden. Der Rechtsberater sagte ihr, in solchen Fällen würden sie nichts tun. Selbstverständlich hatte der Betriebsrat zuvor der Kündigung zugestimmt.

Triantafillia arbeitete bei SKF ständig Spätschicht, um ihre drei Kinder betreuen zu können. Beim Arbeitsamt, auf der Suche nach einer neuen Stelle, wurde ihr erklärt, eine Vermittlung in Schichtarbeit sei wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes nicht möglich, man wolle ihr jedoch Halbtagsarbeit für 5 Stunden vermitteln. Die Kollegin willigte ein. Was sie jedoch erst hinterher bemerkte: ihre Arbeitslosenunterstützung wird deshalb auf der Basis von 5 Stunden berechnet. Sie bekommt nur 157,80 DM wöchentlich. Sie ist noch immer arbeitslos.

Genosse von SKF

Der fünfzackige Stern

Ich möchte eine lustige Begebenheit aus meiner Ausbildung zum Werkzeugmacher beschreiben, über die Kollegen von mir und ich auch sehr geschmunzelt haben, obwohl sie einen bezeichnenden politischen Inhalt hat.

Wir müssen zur Zeit immer zu zweit ein Schnittwerkzeug herstellen. Die Form für den entsprechenden Stempel konnten wir uns selber aussuchen. Da haben dann zwei Kollegen unseren Meister gefragt, ob sie nicht einen Stern machen könnten. Nun, der Meister hat mittlerweile mitbekommen, daß es bei uns mehrere links eingestellte Leute gibt. Seine Antwort: „Wollt ihr etwa noch Hammer und Sichel dazu machen? — Nein, das geht nicht, was soll schließlich der Direktor unserer Ausbildungsanstalt denken, wenn er so ein Ding in die Finger bekommt."

Am nächsten Tag mußten mein Kollege und ich uns entscheiden, was wir machen wollten. Mein Kollege ist nicht weiter politisch interessiert, hatte aber etwas von „Stern" aufgeschnappt, und ohne einen Hintergedanken fragt er unseren Meister wieder, ob wir nicht einen Stern machen könnten. Da wurde der Meister richtig nervös. „Also, wollt ihr auch Hammer und Sichel dazu machen? Ich selbst habe nichts dagegen, aber der Direktor!" Abgelehnt. Mein Kollege erzählt mir das. Und während wir noch darüber lachen, kommt der Meister zu uns und sagt: „Also, wißt ihr, ich habe ja nichts dagegen, wenn ihr unbedingt einen Stern machen wollt, also meinetwegen könnt ihr ja einen sechszackigen Stern machen oder auch einen vierzackigen, bloß einen fünfzackigen Stern, also das geht nicht."

Ja, und so bauen wir jetzt den Stempel für einen sechszackigen Stern.

Man könnte das noch kontrastieren mit einer Begebenheit, die sich vor noch gar nicht so langer Zeit ebenso bei uns abspielte. Es gibt nämlich bei uns eine Kunststoffwerkstatt. Außerdem werden bei uns Meisterprüfungen abgenommen. Also, einer der zukünftigen Meister stellte in der Kunststoffwerkstatt Hitlerbilder in Serie her. Das führte zu einer heftigen Diskussion in unserem Parallelkurs, wo einige Kollegen ein solches Hitlerbild in der Werkstatt aufhängen wollten.

Da kam dann deren Meister dazu und sagte, also hier könnte jeder Bilder aufhängen wie er wollte, und schließlich hätte Hitler ja auch seine guten Seiten gehabt (!). Hält man beide Begebenheiten nebeneinander, so geben sie, meine ich, schlaglichtartig wider, wie es in unserer bundesrepublikanischen Wirklichkeit aussieht.

Rot Front
ein Genosse aus Rüsselsheim

Band II der Ausgewählten Werke des Genossen Enver Hoxha erschienen

Lernen wir von der Prinzipienfestigkeit des Genossen Enver Hoxha

Nachdem im September 1976 der Verlag Roter Morgen die Herausgabe der Ausgewählten Werke des Genossen Enver Hoxha in deutscher Sprache mit dem Band I begonnen hatte, erscheint jetzt — aufgrund technischer Schwierigkeiten etwas verspätet — Band II. Der Band hat einen Umfang von ca. 700 Seiten und enthält Schriften des Genossen Enver Hoxha aus der Zeit von November 1948 bis August 1960. Im „Roten Morgen" hieß es damals bei Erscheinen von Band I: „Die Herausgabe der Ausgewählten Werke auf deutsch ist für jeden Marxisten-Leninisten, für jeden Revolutionär in unserem Land ein bedeutendes Ereignis. Zum ersten Mal wird damit ein umfangreicher Teil der Werke Enver Hoxhas, des Ersten Sektretärs des ZK der PAA, des Führers des albanischen Volkes und großen Marxisten-Leninisten, einem breiten Leserkreis in Deutschland zugänglich."

Der Band II der Ausgewählten Werke des Genossen Enver Hoxha ist gerade für die Revolutionäre, die Marxisten-Leninisten in Deutschland von besonderem Interesse, da er eine Zeit umfaßt, aus der es praktisch gar keine deutschsprachigen Publikationen aus Albanien gibt und in der das Wort der PAA bei der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung noch längst nicht das Gewicht hatte wie heute. Es war eine Zeit, in der die Weichen für die Zukunft gestellt wurden, für die 60er Jahre, als die Chruschtschow-Revisionisten zum offenen Angriff auf die Marxisten-Leninisten übergingen. Die PAA hielt entschieden an ihrer korrekten Linie fest und verteidigte konsequent und prinzipienfest die Lehren des Marxismus-Leninismus gegen alle revisionistischen Entstellungen. Das gilt sowohl für die Probleme im Inneren, beim Aufbau des Sozialismus und bei der Verteidigung der Diktatur des Proletariats, als auch für die internationalen Fragen. Die Schriften dieses Bandes dokumentieren das in aller Deutlichkeit.

Der Band beginnt mit Auszügen aus dem Bericht, den Genosse Enver Hoxha auf dem I. Parteitag der Kommunistischen Partei Albaniens hielt. Dieser Parteitag bedeutete eine historische Wende im Leben der Partei und des Landes, denn auf ihm wurde gründlich abgerechnet mit der konterrevolutionären, albanienfeindlichen Tätigkeit der Belgrader Revisionisten und ihrer albanischen Agenten um Koçi Xoxe. Die Generallinie der Partei wurde von den durch Koçi Xoxe und Konsorten eingeschmuggelten Entstellungen und Fehlern befreit. So bedeutete dieser Parteitag einen entscheidenden Sieg des Marxismus-Leninismus über den Opportunismus und Trotzkismus und rüstete die Partei, die von nun an Partei der Arbeit Albaniens hieß, mit großen Erfahrungen für den Kampf gegen den modernen Revisionismus aus.

Der Kampf gegen die Tito-Clique, der erste große Kampf gegen den modernen Revisionismus

Dieser Kampf gegen den Tito-Revisionismus war der erste große Kampf, den die Marxisten-Leninisten nach dem Zweiten Weltkrieg gegen den modernen Revisionismus führten. Schon in diesem Kampf war die KPA und später die PAA mit an der Spitze gestanden, denn sie war den Einmischungen, Komplotten und Drohungen der Belgrader Tito-Clique am direktesten ausgesetzt und hatte sich in dem prinzipienfesten Kampf dagegen ein klares Bild von dem konterrevolutionären Charakter der Tito-Clique verschafft. Als eine große Hilfe sah es die albanische Partei daher auch an, als die KPdSU unter Führung J. W. Stalins den Kampf gegen den Tito-Revisionismus eröffnete und in der Resolution des Informationsbüros „Über die Lage in der KP Jugoslawiens" vom Juni 1948 deren konterrevolutionäres Wesen von der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung verurteilt wurde. Seitdem haben die wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien konsequent an diesem Standpunkt festgehalten, allen voran die PAA mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze.

Die Chruschtschow-Revisionisten wurden von der PAA gerade auch deswegen als Verräter kritisiert, weil sie Tito und seiner Clique Zugeständnisse machten, auf seinen revisionistischen Weg einschwenkten und die früheren Beschlüsse des Informationsbüros einfach über Bord warfen.

Konsequentes Festhalten am Marxismus-Leninismus

Nur durch ihr konsequentes Festhalten am Marxismus-Leninismus konnte die Partei der Arbeit Albaniens die Aufgaben im Land beim Aufbau des Sozialismus und in der Außenpolitik richtig lösen.

In den Berichten des Genossen Enver Hoxha auf dem I., II. und III. Parteitag und in anderen Dokumenten, die in diesem Band enthalten sind, läßt sich genau ablesen, wie in den 50er Jahren die großen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus verwirklicht wurden — wie die Errichtung der ökonomischen Basis des Sozialismus im wesentlichen vollzogen, die Entwicklung der Produktivkräfte erheblich vorwärtsgebracht und das materielle und kulturelle Niveau der Massen deutlich gehoben wurden; wie das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern immer mehr gefestigt, die Einheit des Volkes um die Partei und die Einheit des Denkens und Handelns der Partei selbst zusammengeschweißt wurde. Alles wurde getan, um das Verteidigungspotential des Landes zu stärken, die Diktatur des Proletariats zu festigen und die revolutionäre Wachsamkeit zu erhöhen, damit der Druck der einheimischen und der internationalen Reaktion erfolgreich abgewehrt werden konnte.

Beim Aufbau der ökonomischen Basis und der Entwicklung der Produktivität hielt Genosse Enver Hoxha mit Entschiedenheit an den marxistisch-leninistischen Lehren fest und wandte sie schöpferisch auf die konkreten Bedingungen des Landes an. Die Industrialisierung wurde vorangetrieben, indem der Entwicklung der Schwerindustrie Vorrang eingeräumt wurde, insbesondere der Entwicklung des Bergbaus, der Erdölindustrie und der Energiewirtschaft.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft, eines der größten Werke der Partei

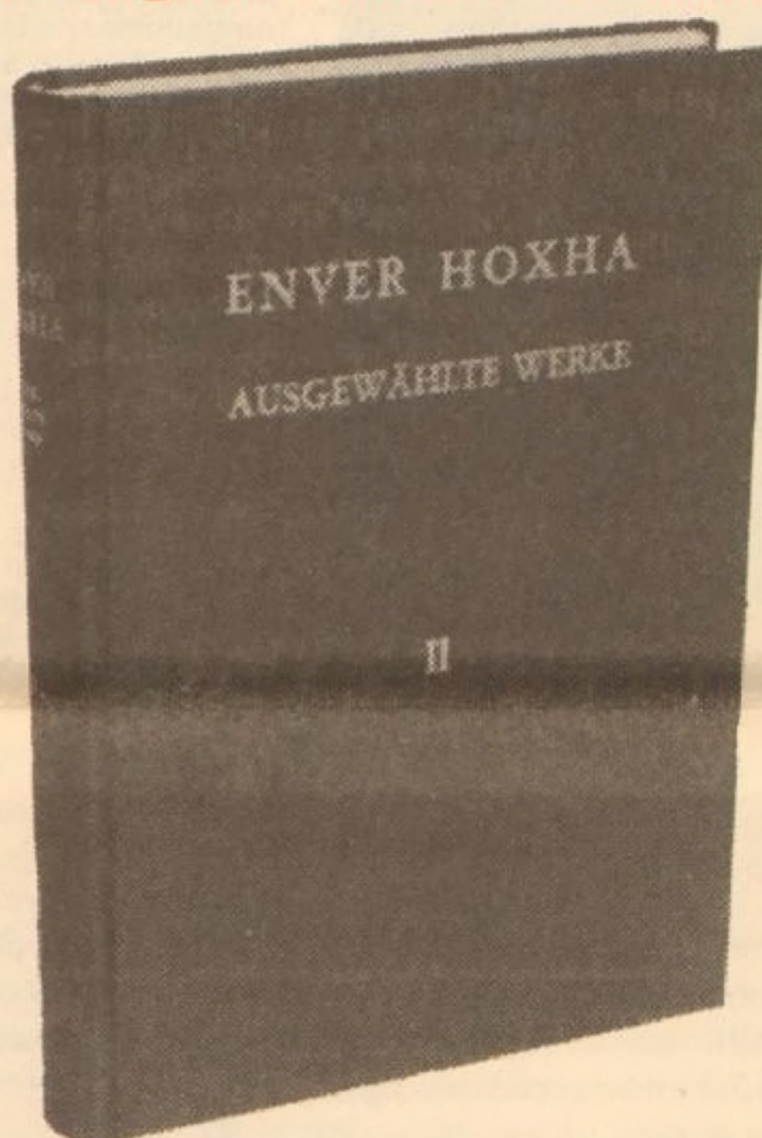
Neben der Industrialisierung des Landes, die sich in gigantischen Schritten vollzog, war die Kollektivierung der Landwirtschaft eines der größten Werke der Partei. Sie wurde zunächst, entsprechend der Richtlinie des I. Parteitags „Bei der Kollektivierung der Landwirtschaft dürfen wir weder überstürzt vorgehen, noch auf der Stelle treten" behutsam angepackt. Auf der Grundlage der Freiwilligkeit schlossen sich die armen und Mittelbauern nach und nach in den Genossenschaften zusammen, nachdem sie sich aufgrund des Beispiels der bestehenden Genossenschaften von deren Überlegenheit überzeugt hatten. Wie auf allen anderen Gebieten auch, vollzogen sich hier die Fortschritte in einem heftigen Klassenkampf. „Vergessen wir nicht", sagte Genosse Enver Hoxha, „daß in unserem Dorf ein entschlossener und brutaler Feind der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der armen und Mittelbauern existiert. Das ist der Kulak. Wir müssen ihn mit größter Schärfe bekämpfen und dürfen unter keinen Umständen zulassen, daß er sein Haupt erhebt, stark wird, sich erholt und uns schadet. Der Klassenkampf auf dem Land muß tagtäglich und organisiert geführt werden." Konsequent wandte die Partei bei ihrer Politik auf dem Land die Leninsche Devise an: „Stützen auf die Dorfarmut, Bündnis mit den Mittelbauern, Kampf den Kulaken."

Insbesondere nach dem III. Parteitag beschleunigte sich dann das Tempo der Kollektivierung der Landwirtschaft, und Ende 1959 war die Kollektivierung im allgemeinen abgeschlossen. Der Abschluß der Kollektivierung war einer der wichtigsten historischen Siege der sozialistischen Revolution auf ökonomischem und gesellschaftlichem Gebiet. Es war eine zweite Revolution, die gründlichste Wende in den sozialökonomischen Verhältnissen auf dem Land. Die ökonomische Basis des Sozialismus war damit in Stadt und Land im wesentlichen errichtet und die Bourgeoisie als Klasse liquidiert, nachdem im Sektor der Industrie und des Handels bereits vorher sozialistische Verhältnisse hergestellt worden waren.

ENVER HOXHA

1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens

Ausgewählte Werke II



670 Seiten
Kunstledereinband mit Goldprägung
DM 23,80
Paperback
DM 14,80

Erstmals in deutscher Sprache. Mit neuen, bislang unveröffentlichten Materialien aus der Zeit von November 1948 bis August 1960: ... über den Bruch Moskau — Albanien ... über die Auseinandersetzungen nach dem XX. Parteitag der KPdSU ... zu den Ereignissen in Polen und Ungarn 1956 ... über die antisozialistische Tätigkeit der jugoslawischen Tito-Clique

Bestellungen an: Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526, Tel.: 0231/43 36 91-92

Die PAA an der Spitze des Kampfes gegen den modernen Revisionismus

Von besonderem Interesse sind die Schriften, die dokumentieren, wie die PAA sich nach dem revisionistischen XX. Parteitag der KPdSU gegen den Druck der Chruschtschow-Revisionisten zur Wehr setzte und prinzipienfest — und zugleich bedacht auf die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung und des sozialistischen Lagers — den Marxismus-Leninismus verteidigte. Um den Feinden des Sozialismus keine Munition zu liefern, machte die Partei der Arbeit Albaniens die Widersprüche zur Führung der KPdSU in den Jahren bis 1960 nicht publik, sondern konzentrierte sich darauf, vor allem den revolutionären proletarischen Charakter der Partei und ihre marxistisch-leninistische Linie zu erhalten und den Kampf gegen den Tito-Revisionismus fortzusetzen. Allerdings teilte sie der sowjetischen Führung auf dem Parteiweg mit, in welchen Punkten sie mit den Thesen der KPdSU nicht einverstanden war.

Die PAA entlarvte die Losungen der Revisionisten gegen den „Dogmatismus", „Stalinismus" und „Personenkult" als Tarnung zum Frontalangriff auf den Marxismus-Leninismus und die Diktatur des Proletariats. So stellte Genosse Enver Hoxha Anfang 1957 fest: „Den Feinden, die Stalin anschwärzen, geht es nicht um seine Person, sondern sie wollen die Sowjetunion, das sozialistische System und die internationale kommunistische Bewegunge in Verruf bringen, also das Vertrauen der Werktätigen in den Sozialismus erschüttern."

Natürlich müssen alle Stellungnahmen im Band II der Ausgewählten Werke des Genossen Enver Hoxha aus der damaligen Zeit heraus verstanden werden. Wie gesagt, noch war die offene Polemik mit den sowjetischen Revisionisten nicht entbrannt, noch hatte die Auseinandersetzung nicht die spätere Schärfe erreicht. Aber auch wenn in den Dokumenten dieses Bandes nur die jugoslawischen Revisionisten namentlich genannt werden, versteht es sich, daß sich die Kritik auch gegen die Revisionisten in allen anderen Ländern und Parteien, besonders die sowjetischen Revisionisten, richtete. Je deutlicher jedoch der Verrat der sowjetischen Führung wurde, desto schärfer wurde der Kampf der PAA, um den Chruschtschow-Revisionismus ideologisch und politisch zu entlarven und zu zerschlagen.

Die Partei der Arbeit Albaniens — Vorbild und Ansporn

Unbestreitbare Tatsache ist, daß die Partei niemals irgendwelche Schwankungen zeigte unter dem Druck des Imperialismus und Revisiomismus, wie wir sie heute von der KP Chinas kennen. Die Verteidigung des Marxismus-Leninismus, der Ideale des Sozialismus und Kommunismus, der Interessen des Landes und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung stellte sie unter der klugen und prinzipienfesten Führung des Genossen Enver Hoxha über alles. Dabei nahm sie und das gesamte albanische Volk große Opfer und Schwierigkeiten bewußt in Kauf. Niemals war Albanien ein „Satellit" Moskaus oder später Pekings. Wer treu für die Interessen der proletarischen Revolution und nationalen Befreiung, des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats, für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus eintritt, mit dem war und ist das sozialistische Albanien brüderlich verbunden. Wer sich von diesem Weg abkehrt, wer die Sache der Arbeiterklasse und des Volkes verrät, wird genauso bekämpft wie Imperialismus und Reaktion insgesamt.

Diese unbedingte Prinzipienfestigkeit und Treue zum Marxismus-Leninismus ist auch das Allerwichtigste, was sich beim Studium dieses Bandes der Ausgewählten Werke des Genossen Enver Hoxha lernen läßt. Durch diese Prinzipienfestigkeit und Treue zum Marxismus-Leninismus wurde die stählerne Geschlossenheit der PAA um ihr ZK mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, wurde die unzerstörbare Einheit der Partei mit der Arbeiterklasse und dem gesamten albanischen Volk geschmiedet, hat das sozialistische Albanien allen Stürmen getrotzt und wird es weiter vorwärtsmarschieren zum Sozialismus und Kommunismus. Diese Prinzipienfestigkeit und Treue zum Marxismus-Leninismus soll uns Beispiel sein im Kampf der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Volkes und ihrer revolutionären Vorhut, der KPD/ML, gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie, gegen den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, gegen den modernen Revisionismus und den neuen Opportunismus im Gewand der „Drei-Welten-Theorie", für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Hungerstreik-Lüge entlarvt:

Das ist das Werk der Isolationshaft!

Hamburg, Allgemeines Krankenhaus Altona: ein Kollege verläßt im 18. Stock den Fahrstuhl in Eile, um zu den Umkleideräumen zu kommen. Plötzlich reißt vor ihm ein Polizist die MP hoch und bedroht ihn damit. Er wird untersucht. Dieser Kollege ist, wie viele im AK Altona, empört darüber, daß man keinen Schritt tun kann, ohne von bewaffneten Polizisten beschattet, kontrolliert und belästigt zu werden.

Doch das ist das neueste „Betriebsklima" im AK Altona seit dem 5. 9., als Werner Hoppe, zu zehn Jahren Haft verurteilt und zu einem Skelett abgemagert, endlich auf Antrag verschiedener Ärzte hierher verlegt wird. Mehrere Mannschaftswagen haben ihn hierher „begleitet". Jetzt gleicht das AK Altona einer belagerten Festung. Fünf Polizisten sind direkt auf der Station 18 a, wo Werner auf der Intensivstation liegt, postiert, zwei halten mit Maschinenpistolen Wache vor dem Stationseingang. Auch der Haupteingang und Nebeneingänge sind mit Posten besetzt, z. T. mit scharfen Hunden. Durch das Gelände streifen Patrouillen mit Hund oder Peterwagen. Aus den Fenstern gucken Polizisten mit Funksprechgeräten, und ein Notaufzug, der für Menschen mit akutem Herz- oder Atemstillstand gedacht ist, ist gesperrt worden! In immer stärkerem Maße empfindet das Krankenhauspersonal die Anwesenheit der MEK-Beamten als Belästigung, immer öfter scheuchen sie die Polizisten davon.

Ganz anders verhalten sie sich zu Werner Hoppe. Als Werner eingeliefert wurde, wog er 48 kg bei einer Größe von 1,76 m! Inzwischen hat er, durch die Fürsorge des Personals, wieder 2 kg zugenommen. Vor seiner Einlieferung hatte er das Essen nicht bei sich behalten können und hatte sich ständig übergeben müssen. Dadurch war er wie zu einem Skelett abgemagert. Die gesamte bürgerliche Presse verbreitete daraufhin, daß Werners Gesundheitszustand eine selbstverschuldete Folge seines Hungerstreiks sei. Das ist eine hinterhältige, zynische Lüge! Diese Lüge wurde jetzt durch Oberarzt Welk entlarvt, der eine schriftliche Erklärung abgab, wonach kein Zusammenhang zwischen dem jetzigen Zustand von Werner und seinem Hungerstreik besteht!

Wer sich den Leidensweg Werner Hoppes ansieht, braucht keine Hungerstreikmärchen, um sich seinen heutigen Zustand zu erklären. 1972 wurde Werner, ohne in einem Punkt der Anklage überführt worden zu sein, wegen „versuchten Totschlags" zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Heute hat er fünfeinhalb Jahre Isolationshaft hinter sich. Was das bedeutet, schildert die „Kämpfende Station", die Zeitung der KPD/ML für die Hamburger Krankenhäuser, in einem Extrablatt für die Kollegen des AK Altona:

„Kollege, stell dir einmal vor: seit Jahren hast du keinen normalen Kontakt zu Mitmenschen, du hörst keine Geräusche, es unterhält sich niemand mit dir, außer vielleicht einmal in der Woche dein Anwalt. Und diese Bedingungen werden noch verschärft: Ende Oktober, nach den angeblichen Selbstmorden von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, hört Werner Hoppe vor seiner Zellentür ein leises Geräusch. Die ‚Beobachtungsklappe' in seiner Zellentür ist ständig geöffnet. Plötzlich baumelt eine Schlinge vor der Luke, ein Strick, wie geschaffen zum Erhängen! Zwei Stunden später ist der Strick verschwunden. Dafür findet Werner Hoppe zwei Wochen später unter seiner frischen Anstaltswäsche eine Stahlklinge, wie geschaffen zum Pulsadern-Aufschneiden! Immer wieder wird vom Hof aus oder im Gang gerufen: ‚Häng dich doch endlich auf!' — ‚Allein macht er es doch nicht, da muß man nachhelfen.' Gerufen von Wärtern.

So versucht man den politischen Gefangenen Werner Hoppe fertigzumachen. Er hat keine andere Wahl: Um auf die stetige körperliche und psychische Vernichtung ihrer Existenz aufmerksam zu machen, treten er und 15 andere politische Gefangene in den Hungerstreik." In dem Flugblatt warnt die Betriebszelle der KPD/ML davor, daß Werner sobald wie möglich wieder ins Gefängnis abgeschoben werden könnte. Dann würde sofort wieder die Hölle der Isolationshaft beginnen. Deshalb werden die Kollegen aufgerufen zu fordern: freie Behandlung für Werner Hoppe! Die „Kämpfende Station" ist der Meinung, daß man, unabhängig davon wie man zu Werners politischer Einstellung steht, für seinen Verbleib im AK Altona eintreten muß. Darüber hinaus fordert sie: weg mit dem Terrorurteil gegen Werner Hoppe! Freiheit für Werner Hoppe!

Dieses Flugblatt stieß auf reges Interesse bei den Kollegen des Krankenhauses. Und sofort war die Polizei zur Stelle, um die Verteiler der „Kämpfenden Station" zu schikanieren und am Verteilen zu hindern. Bei zwei Verteilern und einer Frau wurden die Personalien kontrolliert. Ein Verteiler wurde sogar zweimal kontrolliert. In ihrer Wut konnten sie aber nicht verhindern, daß das Flugblatt an den Mann gebracht wurde. Diese Maßnahmen der Justizbehörden erreichen nur, daß die Wahrheit, um Werner Hoppe noch breiter bekannt wird und daß die Solidarität mit ihm weiter anwächst.

Antifaschistenprozeß in Hannover:

Mit Chemischer Keule gegen Prozeßbesucher

Unglaublich offen und brutal nimmt die deutsche Polizei heute schon Rache an den Antifaschisten, die es wagen, sich den alten und neuen Nazis in den Weg zu stellen. Das mußten jetzt in Hannover über 30 Zuschauer im Prozeß gegen den 22jährigen Berufsaufbauschüler Christian Thewes am eigenen Leib erfahren:

„In dem engen Gerichtsflur stehen über 30 Zuschauer und diskutieren über den Prozeßverlauf. Plötzlich drängen sich vier Zivilbeamte in die Menge und stürzen sich auf den Prozeßbesucher R. L. Gleichzeitig schlagen sie willkürlich auf die umherstehenden Personen ein. Ein Mädchen (Entlastungszeugin von Christian)



1.000 empörte Antifaschisten demonstrierten am 8. 4. 78 in Hannover gegen das NPD-Spektakel.

wurde an den Haaren zu Boden gezerrt und getreten. **Gleichzeitig wurde die chemische Keule, deren Einsatz in geschlossenen Räumen verboten ist, willkürlich gegen die Umstehenden eingesetzt; teilweise aus einer Entfernung von 10 cm direkt ins Gesicht.** Christian und die Prozeßbesucher bekamen wegen des giftigen CN-Gases keine Luft mehr... Fünf Personen mußten in ambulante Behandlung..."

So schildern die Zuschauer des Prozesses in einem von ihnen selbst herausgegebenen Flugblatt den empörenden Vorfall. Dieser Polizeiüberfall war ein Racheakt, ein Denkzettel, der den Antifaschisten verpaßt werden sollte. Denn worum ging es im Prozeß?

In einer persönlichen Erklärung sagte Christian Thewes wie es dazu kam: „Am 8. April 1978 war auf dem Klages-Markt eine Wahlkundgebung der NPD.

Heute predigt die NPD ‚Ausländer raus' und ‚Rotfront verrecke', damals haben sie Millionen Juden vergast und Kommunisten in Konzentrationslager gesteckt. Weil ich nicht will, daß so etwas noch einmal geschieht, habe ich an einer Gegendemonstration gegen Neonazis teilgenommen. Weil ich stinkwütend darüber bin, daß solche Leute heute ungehindert Anschläge vorbereiten und ihre faschistische Propaganda verbreiten dürfen, habe ich einen Knüppel mitgenommen — um diese Kundgebung zu verhindern.

Auf dem Klagesmarkt ‚trennten' etwa 400 Polizisten zehn NPD-Fritzen von 1.000 empörten Antifaschisten, indem sie z. B. mit Greiftrupps einzelne Gegendemonstranten zusammenschlugen und einige verhafteten. Einer der Festgenommenen war ich.

Ende Juni bekam ich dann einen Strafbefehl über 253 Mark wegen ‚Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz'. Weil ich Antifaschist bin, soll ich bestraft werden. Dagegen habe ich Widerspruch eingelegt und bitte jeden, der wie ich gegen ein neues '33 ist, nicht zuzulassen, daß ich verurteilt werde."

Daß die Richter in diesem Prozeß nur die antifaschistische Gesinnung verurteilen wollten, zeigte sich von der ersten Minute an. Die Verbrechen der Nazis interessierten das Gericht überhaupt nicht, ebenso wollen sie nichts davon wissen, wie Polizei und Nazis zusammengearbeitet haben, um gegen die Antifaschisten vorzugehen. Als der Rechtsanwalt das mit einem dokumentarischen Film beweisen wollte, wurde die Verhandlung schnell unterbrochen. Der dann folgende Polizeieinsatz während der Verhandlungspause sollte wohl die Antwort auf diesen Beweisantrag sein.

Aber die betroffenen Antifaschisten sind nicht bereit, diese Provokation hinzunehmen. Sie stellten sofort Strafanzeige gegen die Polizeischläger. Diese sollen nicht glauben, daß sie machen können, was sie wollen!

Zu den Aussichten einer solchen Strafanzeige stellen die Prozeßbesucher in ihrem Flugblatt fest: **„Entscheidend dabei ist, daß alle Antifaschisten ihre Aktivitäten verstärken! ! bt Solidarität!"** Mit ihnen fordern wir: **Einstellung des Prozesses gegen Christian! Sofortige Freilassung des verhafteten R. L.!**

Demonstration gegen Verhaftung

Rund 150 Kollegen demonstrierten am Samstag durch die Innenstadt Rendsburgs zur Justizvollzugsanstalt, um die Freilassung von Fritz Tonn, Mitglied der Bürgerinitiative Umweltschutz in Rendsburg, zu fordern. Fritz Tonn war am 11.9. verhaftet worden, weil er einen Brandanschlag auf den Ausstellungspavillon der Schließ AG auf der Norla (Landwirtschaftsausstellung) verübt haben soll. Fritz wurde zunächst den Staatsschutzstellen, Abteilung Terrorismus, überstellt. Man verweigerte ihm anfänglich, mit seinem Anwalt Verbindung aufzunehmen. Seine Wohnung wurde mehrmals durchsucht. Am Mittwoch kam er in Kiel in Untersuchungshaft. Das einzige, was man gegen ihn anführen kann, ist, daß er aktives Mitglied der Bürgerinitiative in Rendsburg ist. Die Demonstration, zu der die Bürgerinitiatve aufgerufen hatte und an der unsere Partei und die Rote Garde teilnahmen, forderte die sofortige Freilassung Fritz Tonns. Die Rote Hilfe Deutschlands gab ein Flugblatt dazu heraus.

Auslieferung abgelehnt

Die Bonner Regierung hat die Auslieferung der drei jugoslawischen Ustascha-Faschisten Bilandzic, Milicevic und Dragoja an Jugoslawien verweigert. Mit der fadenscheinigen Begründung, daß sie ihre Straftaten „im physischen Sinne" in Westdeutland begangen hätten und deshalb hier „verfolgt" würden. Mit dieser Entscheidung wird ihnen hier eine sichere Heimstatt für ihre Umtriebe gewährleistet.

So erhält man ein Bild der Asyl- und Auslieferungspraxis der Bonner Regierung: Die Ustascha-Faschisten werden nicht ausgeliefert, weil sie ihre Straftaten in Deutschland begingen. Ein holländischer SS-Mann wird nicht ausgeliefert. Er hat zwar seine Verbrechen nicht in Deutschland begangen, aber dafür ist er „Deutscher" (weil ihn Hitler 1943 dazu gemacht hat). Ebenso der gewaltsam, mit Hilfe der Bundesregierung, „heim ins Reich" geholte SS-Mörder Kappler.

Geht es dagegen um fortschrittliche Ausländer, dann ist der Bonner Staat mit der Abschiebung schnell bei der Hand.

Prozeß gegen Doris Rüb

Die Staatsschutzkammer Bamberg eröffnet am 25.9. ein Verfahren gegen die Würzburger Chemiestudentin Doris Rüb, die verantwortlich zeichnete für die in Würzburg verbreitete „Militärzeitung". Ihr wird die Anprangerung der Bundeswehr als einer aggressiven Armee, die nicht Verteidigungszwecken, sondern den Interessen weniger Kapitalisten dient und in der die Rechte der Soldaten mißachtet werden, vorgeworfen. Mit diesem Prozeß, der vom Inspekteur des Heeres angestrengt wurde, soll die Meinungsäußerung über den wahren Charakter der Bundeswehr verboten werden. Der Angeklagten droht nach dem Gesetz eine Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren!

Orden für Filbinger

Stuttgart. Mehr als 400 prominente Gäste sind erschienen, um Hans Filbinger zum 65. Geburtstag zu gratulieren. Kübel voll Lorbeeren und Lobeshymnen werden über den Nazirichter ausgeschüttet. Da kann der Bundespräsident, bereits bekannt wegen seines Eintretens für Rudolf Hess, nicht fehlen. In einem Telegramm schreibt er unter anderem: „Dabei haben Sie Ihre politische Position stets klar und mit aller Entschiedenheit vertreten." Allerdings! Zum Beispiel: „Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein"!

Aber auch Nachfolger Späth revanchierte sich für seinen neuen Posten: mit einem Orden, einem Verdienstorden, den Filbinger selbst drei Jahre vorher gestiftet hatte. Gibt es eine größere Würdigung?

Hamburger Antifaschisten-Prozeß

In der Verhandlung vom 29.8. war auch ein „Stern"-Reporter auf der Pressebank, der spontan erklärte, daß er sich dafür einsetzen würde, daß über diesen Prozeß etwas im „Stern" erscheint. Als der „Stern" dann erschien, war ein Artikel über den Prozeß nicht drin. Er war **nicht mehr** drin, nachdem er in der ersten Auflage, die ins Ausland und an die Lesemappenzirkel geht, tatsächlich erschienen war, wurde kurzfristig in der „Stern"-Redaktion entschieden, diesen Artikel rauszunehmen, weil ein Interview mit Egon Bahr angeblich wichtiger war! Das hatte seinen Grund, denn der Artikel über den Prozeß enthielt unter anderem zwei Fotos, die sehr realistisch das brutale Vorgehen der Polizei gegen die Antifaschisten zeigen. Das war wohl zuviel für Herrn Nannen!

Polizeikontrollen in der S-Bahn

In frecher Weise hat die Westberliner Polizei erstmalig Razzien in S-Bahn-Zügen durchgeführt. Das S-Bahn-Gelände fällt nach dem Potsdamer Abkommen unter die Hoheit der DDR, auf ihm hat Westberlins Polizei nichts zu suchen. Wie tief die Ostberliner in ihrem Verrat am Potsdamer Abkommen und am Kampf gegen den Bonner Revanchismus schon gesunken sind, kann man schon daran sehen, daß sie nicht ein Wort des Protestes gegen diese Provokation über die Lippen brachten.

Buback-Nachruf

Die Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Hannover bescheinigte jetzt in einem Beschluß dem Psychologieprofessor Peter Brückner eine „feindliche Gesinnung gegenüber dem Staat" und sanktionierte damit den Schritt des niedersächsischen Wissenschaftsministers, Brückner vom Dienst zu suspendieren und seine Dienstbezüge um ein Drittel zu kürzen. Dieses Urteil wird aus der Tatsache abgeleitet, daß Brückner die Dokumentation „Buback — ein Nachruf" mitherausgegeben hat und von der Bundesrepublik als einem „Klassenstaat" und „Unrechtsstaat" mit „faschistoiden Tendenzen" gesprochen hat.

Das Landgericht Bremen wagte es hingegen nicht, das Hauptverfahren gegen 16 Bremer Hochschullehrer zu eröffnen, die auch an der Herausgabe des Buback-Nachrufs mitgewirkt haben. Das ist ein Erfolg! Wir fordern: Peter Brückner muß wieder eingestellt werden!

Astrid Proll festgenommen

Als ein großartiger Fahndungserfolg wird die Verhaftung von Astrid Proll hingestellt, die als „langgesuchte Terroristin" bezeichnet wird. Im September 1971 war sie vor Gericht gestellt worden, wegen „Mordversuchs" an einem Polizisten. Wer, der das Schicksal von Werner Hoppe und anderen kennt, will es ihr verdenken, daß sie damals bei der ersten Gelegenheit verschwand und sich dem Zugriff der Bonner Behörden entzog? Seitdem lebte Astrid Proll in London in einem staatlich geförderten Autoreparaturbetrieb, in dem Jugendliche zu Kraftfahrzeughandwerkern ausgebildet werden. Astrid leitete dort eine Gruppe von zwölf jungen Farbigen. Ihr Werkstattmeister meint dazu: „Als einzige weiße Frau machte sie das phantastisch." Jetzt will man an dieser „gefährlichen Terroristin" Rache nehmen. Freiheit für Astrid Proll!

Der Kampf um den Bauspielplatz

Volkskorrespondenz aus Dortmund

In dem Neubaugebiet Rahm leben ca. 2.300 Kinder und Jugendliche, nur ca. 17 qm Wohnfläche steht hier jeder Person zur Verfügung. Das ist weniger als in dem dichtbesiedelten Gebiet in Dortmund-Scharnhorst.

In der Siedlung selbst und in dem gesamten Umkreis dieser Siedlung gibt es kein einziges städtisches Jugendheim oder Haus der offenen Tür. Seit über zwei Jahren arbeitet hier eine Elterninitiative, die um Jugendfreizeiteinrichtungen für ihre Kinder kämpft. Bis heute ist noch nichts passiert. Jetzt heißt es, daß 1980 mit dem Bau angefangen werden soll. Aber bis dahin???

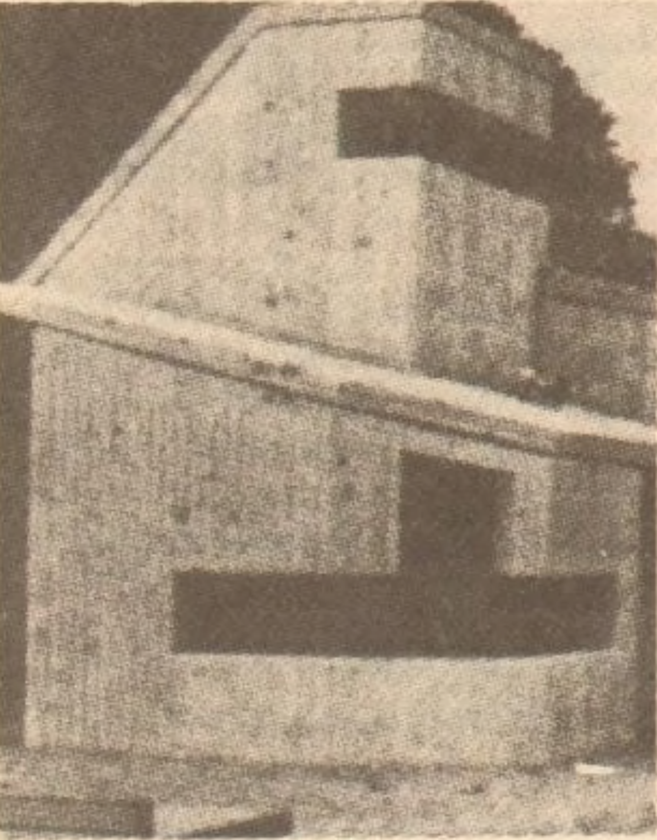
Das einzige, wo Kinder und Jugendliche hingehen können, ist ein Bauspielplatz. Diesen Bauspielplatz hatten sich die Rahmer vor über zwei Jahren erkämpft, und als im November das Betreuerhaus abbrannte und der Bauspielplatz wieder zugemacht wurde, da standen die Rahmer wieder auf der Straße. Aber die Stadt mußte klein beigeben und baute den abgebildeten Betonklotz als Betreuerhaus.

Doch jetzt gärt es wieder auf dem Bauspielplatz. Alle drei langjährigen Betreuer, die die Kinder kennen, die auch — was die Stadt nicht gerne sah — die ab 14jährigen abends auf den Platz gelassen haben, sind von heute auf morgen entlassen worden. Die Eltern sind empört, sie haben eine Initiative gegründet, die sich dafür einsetzt, daß die alten Betreuer bleiben. Aber inzwischen sind schon drei neue Betreuer eingesetzt worden, die anscheinend besser die Interessen der Stadt vertreten können, sie jagen nämlich die Jugendlichen über 14 Jahre vom Platz. Jetzt stehen die Jugendlichen wieder ganz ohne Bleibe vor der Tür.

Eine Woche lang wurde ein Boykott des Spielplatzes durchgeführt, und die Eltern überlegen jetzt weitere Maßnahmen, weil die Kinder diesen Boykott nicht länger durchführen konnten. Sie überlegen, wie sie ihrer Forderung weiter Nachdruck verleihen können. Sicherlich wird eine Demonstration von ganz Rahm, wie sie auch schon vor der Eröffnung des Bauspielplatzes mit Erfolg durchgeführt wurde, nicht mehr fern sein. Zuerst einmal versuchen es die Eltern mit Erklärungen und Unterschriftenlisten. In ein paar Tagen wurden allein 585 Unterschriften gesammelt.



Diese Jugendlichen haben sich die im Hintergrund sichtbare Bude auf dem Bauspielplatz in Dortmund-Rahm in eigener Initiative gebaut. So haben sie sich eine Möglichkeit geschaffen, wo sie nach der Schule oder nach der Arbeit zusammenkommen können. Die Behörden jedoch haben ihnen aus „Gründen der Sicherheit" den Strom für die Hütte abgeschnitten.



Diesen Betonklotz, der viele an einen Luftschutzbunker erinnert, setzte die Stadt auf den Bauspielplatz. Jetzt soll er mit Popfarben angemalt werden, damit er, wie die Behörden erklären, „besser in die Spiellandschaft paßt".

Eine Meinungsumfrage — oder wie man die Leute ausfragt

Volkskorrespondenz aus Minden

Das Telefon im Büro der Studentenvertretung an der Fachhochschule in Minden klingelt. Ein Herr aus Frankfurt ist am Telefon. „Ich brauche drei nette junge Damen oder Herren für eine Meinungsumfrage im Raume Minden. Für eine Finanzaufbesserung sind doch sicherlich einige Studenten zu haben."

Und ob! So stehen denn am vereinbarten Termin außer mir noch zwei Studentinnen am Treffpunkt und harren der Dinge, die da kommen. Wenig später sitzen wir schon in einem silbergrauen Scirocco und fahren ins zehn Kilometer entfernte Petershagen, Ortsteil Lahde. Dort angekommen, erfahren wir endlich, worum es geht: Jeder erhält einen Stapel Fragebögen, einige Tips, wie man mit den Leuten „redet", und los geht es.

Klingeln — einen Schritt zurückgehen, wenn die Tür geöffnet wird, das macht einen besseren Eindruck — ein freundliches Lächeln zurechtrükken — „Guten Tag, entschuldigen Sie bitte die Störung. Wir machen zur Zeit eine Meinungsumfrage über die Lebensmittelversorgung in diesem Gebiet. Vielleicht könnten Sie mir kurz einige Fragen beantworten..." — und jetzt bloß nicht aufhören zu sprechen, sonst käme die Hausfrau ja auf die Idee, etwas dagegen zu sagen. — „Sind Sie zufrieden mit den hiesigen Einkaufsmöglichkeiten? ... Würden Sie bei Neueröffnung eines Geschäftes Ihre bisherige Einkaufsquelle wechseln? ... Wo kaufen Sie ein? ..." — Bloß die Namen rauskriegen, das ist das entscheidende, wurde uns gesagt. — „... Wie ist dort das Angebot in Obst, Fleisch? ... Preise? ... Qualität? ... Warum kein anderer Laden? ... Was vermissen Sie? ..." Und so weiter.

Eine widerliche Aufgabe. Man betrog die Leute von vorne bis hinten. Nach vier Stunden Fragerei an jeder Haustür sind wir fertig — allerdings auch mit den Nerven. Auf unsere Fragen nach dem Sinn und dem Auftraggeber des ganzen Klamaukes kann uns der ältere, auf jugendlich gepoppte Herr keine Antwort geben. Das durften wir nicht wissen. Auch der Name des Meinungsforschungsinstitutes war erfunden worden. — „Wir arbeiten ganz diskret!" Dieser seriöse Herr macht solche Umfragen für Unternehmen, die kurz vor dem Konkurs stehen oder wenn Firmen neu investieren und sich einen Überblick über die Kaufgewohnheiten der Menschen verschaffen wollen. Interessanterweise bekommt dieser freischaffende Betrüger auch Aufträge von der Regierung. Soviel jedenfalls verriet er uns. Genug verdienen tut er an diesem Volksbetrug, denn immerhin bekam jeder von uns 70 DM. Trotzdem würden wir eine solche massenverachtende Sache nicht mehr machen, denn immerhin wurden die Hausfrauen nur ausgefragt, damit man später um so besser an ihnen verdienen kann.

Kinder als „notwendiges Übel"

Volkskorrespondenz aus Duisburg

Eine ebenso interessante wie betrübliche Ergänzung zum Artikel über Duisburg (RM 33/78) kann jetzt gemacht werden.

Die Stadt hat die Zahlen für den Kinderspielplatz-Bedarf veröffentlicht. Danach fehlen in Duisburg mindestens 54.000 qm Spielplatz. Nur in zwei von ungefähr 30 Stadtteilen ist der Bedarf gegenwärtig gedeckt. Allein im Arbeiterstadtteil Marxloh fehlen 20.000 qm.

Das bedeutet, daß Zehntausende Kinder auf der Straße zwischen Lastwagen und Mülltonnen spielen, oder nur viel zu kleine oder nur schlecht ausgestattete Spielplätze haben.

Unter diesen Bedingungen braucht man sich nicht zu wundern, wenn Kinder so oft an Verkehrsunfällen beteiligt sind. Auch geben selbst die Stadt und die Lokalzeitungen zu, daß Kinder, die unter solchen Bedingungen leben, sich schlechter entwikkeln als andere.

Die Pläne der Stadt sprechen für sich selbst. Bis 1985, d. h. in sieben Jahren, soll der offizielle Bedarf nicht etwa gedeckt werden, sondern nur zu 70 Prozent. Denn die Stadt ist nicht bereit, mehr als zwei Millionen DM in sieben Jahren für Spielplätze auszugeben.

Wenn man bedenkt, daß allein für den Geister-S-Bahnhof am Angerbogen mehrere Millionen DM im Interesse des Mannesmann-Konzerns ausgegeben wurden, und wenn man bedenkt, daß die Pläne bis jetzt nur auf dem Papier stehen, erkennt man die Kinderfeindlichkeit der Stadt Duisburg und auch des ganzen kapitalistischen Systems. Für die Kapitalisten muß Geld da sein, notfalls werden auch Millionen Schulden gemacht. Für Kinderspielplätze, an denen man nichts verdient, fehlt es vorne und hinten.

Die Pläne der Stadt kommen auch nicht von selbst, denn auch in Duisburg werden immer mehr Eltern aktiv gegen solche Mißstände. So existiert z. B. eine Spielplatzinitiative in Meiderich-Berg. In diesem Sinne sollen die Pläne nur dazu dienen, die Eltern zu beruhigen. Doch die Eltern werden der Stadt hoffentlich einen Strich durch diese Rechnung machen.

Wochenlang im Dreck wohnen — und dann 10 % mehr Miete!

Volkskorrespondenz aus Montabaur

„Denen sollte man einmal den Roten Hahn auf's Dach setzen", meinte der ältere Kollege, als ich ihm unsere Stadtzeitung, den „Roten Hahn", zusteckte. Mit „denen" meinte er die Hessen-Nassauische Wohnungsbaugesellschaft, die gerade in seinem Häuserblock eine „Altbaurenovierung" durchführt. Wir stimmten überein, daß dies in den RM müßte und vereinbarten einen Termin.

Als ich den Kollegen dann besuche, muß ich mir zunächst die Ohren zuhalten. Ein solcher Lärm herrscht vor dem Haus, und auch im obersten Stockwerk, wo der Kollege wohnt, will das Gedröhne der Preßlufthämmer noch nicht angenehmer klingen. Überall im Haus Dreck, abgelagertes Baumaterial, staubige Luft. Auch das Anklopfen kann ich mir sparen. Hier wie überall ausgehangene oder offenstehende Türen. Als ich eintrete, sitzt der Kollege gerade in der Küche. Auch hier Handwerker. Um uns zu unterhalten, gehen wir in einen Raum, der zuvor das Wohnzimmer gewesen sein muß. Einen wohnlichen Eindruck macht dieser Raum aber gerade nicht. Aufgerollte Teppiche, umgedrehte Stühle, übriges Wohninventar provisorisch eingeräumt oder in Ecken verstaut.

„Seit sieben Wochen geht das schon so, und ein Ende ist in den nächsten Wochen auch noch nicht abzusehen", erzählt der Kollege.

Er bezieht eine Rente von 870 DM und mußte bisher 129 DM für diese Wohnung bezahlen, was sich aber nach vollzogener Renovierung um 90 DM erhöhen wird. Es versteht sich von selbst, daß die Hessen-Naussauische während der Renovierungszeit die Miete in voller Höhe weiterkassiert hat. Das ganze nennt sich Sozialwohnung.

Dazu muß gesagt werden, daß in diesem Haus vorwiegend alte Leute wohnen, deren Alter teilweise schon über die 80 Jahre geht. Der Kollege selbst ist über 70. „Seit über 50 Jahren ist nichts an den Häusern gemacht worden. Jetzt, wo's dafür Zuschüsse gibt, fangen die damit an. Wie wir hier hausen müssen, ist denen dabei völlig egal", empört sich der Kollege, „Hauptsache, das Geld stimmt. Die stecken doch alle unter einer Decke da oben."

Nicht nur, daß in der ganzen Wohnung Wände aufgerissen und Möbel verrückt wurden, sondern auch die sanitären Einrichtungen wie Bad und Toilette waren zu dem Zeitpunkt noch immer herausgerissen.

Da müssen alte Menschen wochenlang im Dreck wohnen, haben den ganzen Tag Lärm um die Ohren, müssen sich vorkommen wie ihr eigener Besuch. Das ist dann der „Sozialstaat", der angeblich ständig bemüht ist, die Lebensqualität seiner Bewohner zu heben. Als wir uns abschließend noch unterhalten, erzählt mir der Kollege, daß er früher auch in der KPD mitgearbeitet hat und sich an der Lage des Arbeiters bis heute nichts geändert hat. Er ist in den Rechnungen der Kapitalisten nichts weiter als ein Ausbeutungsobjekt.

Filmveranstaltung / Wanderung

Veranstaltung zum Roten Antikriegstag:

Würzburg: Filmveranstaltung: „Das Lied der Matrosen", am 19.9.78, um 19 Uhr, Gaststätte „Frankfurter Hof" (Zellerau)

Gemeinsame Wanderung durch manövergeschädigte Gebiete. 24. 9. 78, Treffpunkt: 13.30 Uhr, Mensa.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML

Eingegangene Spenden

In der vergangenen Woche gingen folgende Spenden auf die Konten der KPD/ML ein:

I. Spenden anläßlich des 10. Jahrestages der Gründung der KPD/ML

9.9.	Genossen aus Essen	60,00
12.9.	S. D., Köln	100,00
12.9.	RAKT-Veranstaltung Dortmund	560,00
12.9.	Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Dortmund	600,00
13.9.	F. G., Wuppertal	300,00
14.9.	H. W., Gelsenkirchen	1.000,00
14.9.	P. P., Gelsenkirchen	1.000,00
14.9.	J. Sch., Karlsruhe	20,00
15.9.	Erlös aus Flohmarkt, Wolfsburg	76,21
15.9.	D. E., Marburg	55,00
15.9.	J. B., Essen	50,00
15.9.	W. K., Moers	10,00
15.9.	P. K., München	50,00
15.9.	D. F., Benningen	15,00
15.9.	B., Dortmund	30,00
15.9.	G. u. F. L., Bochum	8,50
	zusammen	3.934,71

II. Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Dortmund für Sektion DDR 60,00

Damit gingen bisher für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML

5.614,93 DM

an Spenden bei uns ein.

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spende.

100.000 DM für die KPD/ML

Spendet auf die Konten der KPD/ML:

Postscheckamt Dortmund 6420-467

und

Stadtsparkasse Dortmund 321 004 547

Stichwort: 10 Jahre KPD/ML

Krise im Saarland spitzt sich zu

Wenn die Hochöfen schweigen...



Schichtwechsel im Neunkircher Eisenwerk

18. Juni dieses Jahres: 10.000 Menschen marschieren durch die Stahlstadt Neunkirchen an der Saar. Über dieser Stadt, die ganz im Schatten des Neunkirchener Eisenwerkes lebt, ballt sich wie eine schwarze Wolkenwand eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe zusammen. Schon jetzt liegt die Arbeitslosenquote hier bei über zehn Prozent. Und nun soll das große Hüttenwerk stillgelegt werden, das wirtschaftliche Herz der 54.000 Einwohner zählenden Stadt soll aufhören zu pulsieren! Nicht nur Hüttenwerker marschieren an diesem Tag in dem machtvollen Protestzug. Tausende Kollegen aus anderen Betrieben haben sich eingereiht und auch viele andere Werktätige aus Neunkirchen. Diese Massendemonstration in Neunkirchen war nicht die erste ihrer Art im Saarland. In Saarbrücken, Völklingen und Neunkirchen waren die Arbeiter in den vergangenen Jahren wiederholt auf die Straße gegangen, um gegen die skrupellose Vernichtung der Arbeitsplätze und gegen die hohe Arbeitslosigkeit im Saarland zu kämpfen.

Das Saarland ist durch eine sehr einseitige Industriestruktur geprägt. Der Steinkohlebergbau und die Hüttenindustrie haben diesem Gebiet seit alters her unverkennbar ihren Stempel aufgedrückt. Immer wieder stößt der Durchreisende auf Fördertürme der Schachtanlagen, auf die gewaltigen Hüttenwerke mit ihren Hochöfen, auf die künstliche Berglandschaft der Schlackenhalden. Auch an der Ruhr sind es die Hochöfen und Zechentürme, die der Industrielandschaft dort ihren besonderen Akzent verleihen. Aber im Unterschied zum Saarland stehen sie hier inmitten einer vielfältigen Industrie, die in gewaltigem Ausmaß zusammengeballt ist. Da ist alles vertreten: Chemie, Elektroindustrie, Autoindustrie usw. An der Saar hingegen dominieren nur Kohle und Stahl. Was sonst noch an Industrie vorhanden ist, kann man beinahe übersehen. Die rostüberzogenen Anlagen der Hütten und Hochöfen, die schwarzen Fördertürme und groben Bauten der Zechen und Kühltürme, die rußigen Arbeiterwohnblöcke und Zechensiedlungen stehen im schroffen Gegensatz zur reizvollen saarländischen Hügellandschaft mit ihren Kornfeldern, Wiesen und Wäldern. Saarbrücken, die Landeshauptstadt und einzige wirkliche Großstadt des Landes, kennt kaum das typische Weichbild mit den vielen großen und kleinen Betrieben und seiner charakteristischen Häßlichkeit. Fast übergangslos bricht das Stadtbild ab und es beginnen schöne Wälder und die bergige Acker- und Wiesenlandschaft.



Saar-Zeche Göttelborn

Der industriellen Monostruktur, die von Kohle und Stahl beherrscht ist, entspringt auch die schwere wirtschaftliche und soziale Misere des Saarlandes, aus der es keinen Ausweg zu geben scheint. Mit der Wirtschaftskrise, die vor vier Jahren einsetzte und die sich seither als Dauerzustand entpuppte, verschlimmerte sich die Lage im Saarland ständig. Schwer lasten Arbeitslosigkeit und andere soziale Mißstände auf dem Rücken des arbeitenden Volkes. Das Großkapital freilich, die Herren über Hütten und Schächte — sie wissen sich auch hier, mit Hilfe des Staates, ihren Profit zu sichern. Die Regierung überschüttet die Konzernherren mit Subventionen. Rücksichtslos nutzen die Kapitalisten die Arbeitslosigkeit aus, um die Arbeiter und kleinen Angestellten verschärft auszubeuten. So sind die Löhne hier in der Regel niedriger und die Arbeitsbedingungen noch schlechter als in den anderen Industriegebieten der Bundesrepublik.

Hohe Arbeitslosigkeit — niedrige Löhne

Das Saarland ist heute das Bundesland mit der höchsten Arbeitslosenquote. Liegt sie im Bundesdurchschnitt heute bei 4,1 Prozent, so pendelt sie an der Saar um etwa 8 Prozent. In Saarbrücken beträgt sie 8,4 Prozent, in Neunkirchen sogar 10,2 Prozent. Und das bei einem ständigen Bevölkerungsrückgang in den letzten Jahren. Gegenwärtig hat das Saarland noch etwas mehr als eine Million Einwohner. Bezeichnend ist, daß die Staatsverschuldung des Saarlandes mit einer Schuldenlast von 2219 Mark pro Einwohner die höchste in der Bundesrepublik ist (zum Vergleich: in NRW liegt sie bei 768 DM pro Kopf. Das durchschnittliche Einkommen des Industriearbeiters an der Saar liegt um 5 bis 6 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Die Arbeiterinnen an der Saar verdienen sogar um 8 bis 9 Prozent weniger als die Arbeiterinnen im Bundesdurchschnitt. Die Löhne und Gehälter der Frauen liegen an der Saar im Schnitt um 30 Prozent unter denen der Männer. Das ist ein besonders extremes Mißverhältnis. Auch liegt die Rate der Frauenbeschäftigung hier stark unter dem Bundesdurchschnitt. Das ist übrigens ein Faktor, der erkennen läßt, wie die offizielle Arbeitslosenstatistik die wirkliche Lage beschönigt. Auch der Bergarbeiter an der Saar wird besonders rücksichtslos ausgepreßt. Der Saarbergbau hält mit seiner Förderleistung pro Mann und Schicht den „Europarekord". Und dabei kennt der Saarbergbau keine 6- oder 7-Stundenschicht für die Kumpels in den Heißbetrieben, wie es an der Ruhr der Fall ist. Auch insgesamt haben die Saar-Bergleute besonders schlechte Arbeitsbedingungen, weniger Urlaub usw. als ihre Kumpels an der Ruhr.

Und die Konzernherren treiben im Bunde mit der Regierung skrupellos die Arbeitsplatzvernichtung voran. Den ersten großen Angriff führten sie schon in den sechziger Jahren, als reihenweise Schachtanlagen stillgelegt und gleichzeitig rücksichtslos rationalisiert wurde. 20.000 Bergarbeitern wurde so der Arbeitsplatz geraubt. Und allein von 1972 bis 1976 verloren weitere 20.000 Arbeiter und Angestellte in der Gesamtwirtschaft ihren Arbeitsplatz. Gegenwärtig wüten die Arbeitsplatzkiller am schlimmsten in der Stahlindustrie. Vor kurzem hat der luxemburgisch-belgische ARBED-Konzern fast die gesamte saarländische Stahlindustrie übernommen. Im vergangenen Jahr legte ARBED die gesamte „Flüssigphase" (Hochöfen, Konverter usw.) auf der Burbacher Hütte („Stahlwerke Röchling") still. „Vorübergehend", wie es heißt. Die endgültige Stillegung ist jedoch so gut wie sicher. Seither verloren auf der Burbacher Hütte über 4.000 Stahlwerker ihren Arbeitsplatz. Das Neunkircher Eisenwerk wollen die ARBED-Bosse (Vorsitzender des Konzerns ist der Luxemburger Emmanuel Tesch) bis auf Teile des Walzwerkes völlig stillegen. Hier wurde von 1970 bis 1977 die Belegschaft bereits um über 3.000 Beschäftigte „abgebaut". Von den jetzt noch rund 7.000 Beschäftigten sollen bis 1983 nur noch ca. 1.000 ihren Arbeitsplatz behalten. Die gesamte Roheisenproduktion der Saarhütten soll stark zurückgeschraubt und auf ein einziges Hochofenwerk, die Dillinger Hütte, konzentriert werden. Insgesamt soll in den kommenden Jahren noch rund 10.000 Stahlwerkern der Arbeitsplatz geraubt werden. So sieht es der von Tesch und Konsorten unterstützte „Umstrukturierungsplan" vor. Auch die IG-Metall-Führung hat diesem Plan grundsätzlich zugestimmt.

Bald 20 Prozent Arbeitslose?

Die Auswirkungen auf das gesamte Saarland sind verheerend. Neunkirchen beispielsweise, eine Stadt mit 54.000 Einwohnern, lebt und stirbt praktisch mit der Hütte. Die geplante Stillegung der Hütte reißt die Stadt wirtschaftlich in den Abgrund. Für die Werktätigen bedeutet das, daß sie der Zukunft nur mit Angst und Sorge entgegensehen können. Oberbürgermeister Peter Neuber aber zeigt sich nicht gerade erschüttert. Höhnisch erklärte er: „Die Stillegung der Hochöfen ist natürlich schlimm, aber es ist ja auch eine gewaltige Verbesserung der Umweltsituation."

Sind gegenwärtig im Saarland 28.000 Menschen arbeitslos gemeldet (die wirkliche Zahl ist weit höher), so kam Norbert Engel, der Präsident der Arbeitskammer in Saarbrücken, zu der Voraussage, daß das Defizit an Arbeitsplätzen bis 1980 auf 80.000 ansteigen wird. Wird es also in zwei oder drei Jahren bereits eine Arbeitslosenquote von 20 oder noch mehr Prozent an der Saar geben? Engel jedenfalls sieht kaum Möglichkeiten, „um diese Lücke zu stopfen". Und wie sollte sie auch gestopft werden? Vielleicht durch den staatlichen Saarbergbau? Schon jetzt türmen sich Millionen Tonnen Kohle auch an der Saar auf Halde. „Kernenergie" heißt das goldene Kalb, um das die Regierung und die Energiekonzerne heute tanzen. Überdies hat der „heimliche Herrscher" an der Saar, ARBED-Boss Tesch, bereits angekündigt, er wolle künftig keine Saarkohle mehr verhütten, sondern nur noch billige Importkohle aus den USA. Also ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Herren auch wieder im Saarbergbau zum Großangriff auf die Arbeitsplätze blasen.

Um der wachsenden Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten, hilft nur eins: der unversöhnliche Kampf der werktätigen Massen gegen die Arbeitsplatzkiller. Die Regierung steht hinter den Konzernherren. Sie honoriert den Feldzug der ARBED gegen die Arbeitsplätze mit Subventionen und Bankbürgschaften von 1,2 Milliarden Mark. Dabei weigert sie sich strikt, diese Finanzspritzen auch nur mit den geringsten Auflagen bezüglich der Erhaltung von Arbeitsplätzen zu verbinden. Schon von jeher haben die Kohle- und Stahldynastien an der Saar verhindert, daß sich in nennenswertem Maß andere Industrien an der Saar ansiedelten. So konnten sie die Löhne niedrig halten. In der Vergangenheit wurde viel Wind um ein sogenanntes „Strukturverbesserungsprogramm" der Regierung gemacht. Konzerne wie Siemens erhielten horrende Subventionen und Steuernachlässe für die Ansiedlung von kleineren Zweigbetrieben. Nachdem die Profithaie sich an den staatlichen Zuwendungen gesundgestoßen hatten, ließen sie diese Betriebe jedoch auf Sparflamme setzen, bauten die Belegschaften wieder ab und machten sie in vielen Fällen schließlich ganz dicht. So zieren heute viele Industrieruinen von kleineren Fabriken die Landschaft an der Saar. Übrigens beschäftigen heute viele Unternehmer im Saarland französische Arbeiter, die über die Grenze pendeln. Diese Arbeiter, die in Frankreich weit weniger Steuern abführen müssen, werden objektiv als zusätzliche Lohndrücker ausgenutzt. Sie verstärken für die Bosse die Divisionen der Reservearmee an Arbeitskräften, und ermöglichen es den Saar-Unternehmern, noch mehr Druck auf die Arbeiterschaft auszuüben.

1973: Kumpels stürmten Verwaltungsgebäude

Die Arbeiterklasse im Saarland muß kämpfen, muß ihre wirtschaftlichen Existenzgrundlagen verteidigen. Daß sie zu kämpfen versteht, hat sie schon mehrfach eindrucksvoll demonstriert. Beispiele sind die machtvollen spontanen Streiks der Bergarbeiter 1969 und 1973. Als im Oktober 1973 tausende von Kumpels das Hauptverwaltungsgebäude der „Saarberg AG" stürmten und die Bosse aus den Büros scheuchten, dürfte einigen Herren schwer der Schreck in die Glieder gefahren sein. Und als dann 10.000 Kumpels gegen das Landtagsgebäude marschierten, wären möglicherweise die massiven Polizeisperren überrannt worden, hätten nicht vor allem DKP-Funktionäre abgewiegelt.

Bisher gelang es dem DGB-Apparat noch, zu verhindern, daß die Stahlwerker zu radikaleren und wirkungsvolleren Kampfmaßnahmen übergingen, zu massiven Streiks und zur Besetzung von Betrieben. Aber die Empörung über den Verrat der Gewerkschaftsführung wächst. Und wenn die IGM-Bonzen und die DKP jetzt ständig die Forderung nach der Verstaatlichung der Stahlindustrie als angeblichen Ausweg propagieren, so entgegnen ihnen immer mehr Hüttenwerker: Schaut euch doch die Taten des Staates an, schaut euch doch das Zechensterben im Saarbergbau an! Wollt Ihr uns für dumm verkaufen?

Der Saararbeiter wird sich auf seine eigenen Kräfte besinnen. Der verhaßte Boss der Burbacher Hütte, Jürgen Krakow, jammerte vor einiger Zeit auf einer turbulenten Belegschaftsversammlung: Der Haß, der ihm hier entgegengeschlagen sei, sei ihm ein Lehrstück gewesen. Wenn die Saararbeiter erst die Netze des Verrats und der Täuschung vollends zerrissen haben, mit denen ihr Kampf gelähmt wurde, werden die Konzernherren und die Regierungsbonzen diesen Haß noch ganz anders zu spüren bekommen!



Für eine Teuerungszulage und größere soziale Sicherheit demonstrierten 1973 Bergleute vor dem Landtag in Saarbrücken

Spanien: Demonstrant erschossen

Fast eine halbe Million Menschen gingen letzte Woche in der katalonischen Stadt Barcelona auf die Straße, um gegen das Regime von Madrid zu demonstrieren. Während der Demonstration kam es auch zu militanten Kämpfen mit der Polizei. Ein 16jähriger Jugendlicher wurde dabei von den Polizeitruppen erschossen, ein 18jähriges Mädchen durch Schüsse verletzt.

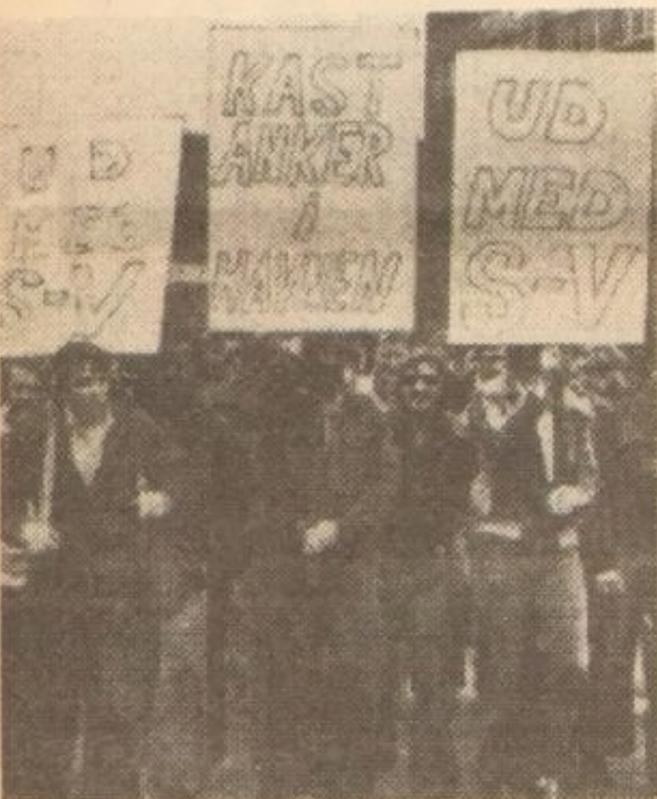
Britannien: Empörung über Gewerkschaftsbonzen

Mit Empörung haben die britischen Werktätigen auf eine unverschämte Gehaltsaufbesserung der Bonzen reagiert. Während die Werktätigen nach den neuen Lohnleitlinien ganze 5 Prozent mehr Lohn bekommen sollen, haben sich die Hauptamtlichen Funktionäre des Gewerkschaftsverbandes TUC sage und schreibe 60 Prozent mehr Gehalt innerhalb der nächsten drei Jahre bewilligt.

Frankreich: Stahlindustrie verstaatlicht

In Paris wird gegenwärtig ein sogenannter „Überlebensplan" für die von der kapitalistischen Krise stark getroffene Stahlindustrie vorbereitet. Er sieht unter anderem die zeitweilige Verstaatlichung der größten Konzerne Unisor und Sacilor vor. „Überleben" sollen nach diesem Plan die Profite der Stahlkapitalisten, denen die Werke nach erfolgreicher Sanierung zurückgegeben werden. Für die Arbeiter dagegen sieht der Plan unter anderem folgendes vor: Zusätzlich zu den schon beschlossenen Entlassungen von 16.000 Kollegen sollen weitere 10.000 bis 20.000 entlassen werden.

Dänemark: Breite Streikaktionen



Gegen ein reaktionäres Regierungsprogramm, das den Werktätigen Lohnstopp und Steuererhöhungen bringt, ist es in Dänemark zu einer breiten Streikbewegung gekommen. In nahezu allen Branchen legten Kollegen die Arbeit nieder. Tausende beteiligten sich an Protestdemonstrationen. Dabei wurden Transparente mit Aufschriften wie „Werft Anker ins Wasser" mitgeführt (unser Bild). Anker Jörgensen ist der Chef der dänischen Regierung.

Portugal: Regierung gestürzt

Am 29. August vereidigt, in der Nacht zum Freitag schon wieder gestürzt: die Regierung des parteilosen Ministerpräsidenten Nobre da Costa hatte nur ein kurzes Leben. Die Tatsache, daß innerhalb weniger Monate zwei Regierungen in Lissabon gestürzt wurden, ist ein Ausdruck der verschärften wirtschaftlichen und politischen Krise in Portugal

Peru: Streiks weiten sich aus

Nach den Bergarbeitern sind jetzt auch rund 20.000 Bankangestellte in einen unbefristeten Streik getreten. Sie fordern höhere Löhne und die Wiedereinstellung von 76 Kollegen, die wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten entlassen worden waren.



Chile: Neue Verhaftungen

Die faschistische Junta hat den Ausnahmezustand über Chile um weitere sechs Monate verlängert. Gleichzeitig wurden Massenverhaftungen im Gebiet der Kupferminen bekannt. Den Verhafteten wird vorgeworfen, sie hätten Flugblätter verteilt und die Arbeiter „aufgewiegelt".

Äthiopien: Castro in Addis Abeba

Zum vierten Jahrestag des Sturzes des Haile-Selassi-Regimes ist der kubanische Regierungschef Castro nach Addis Abeba gereist. Eine demonstrative Geste der Unterstützung des jetzigen Militärregimes, das mit brutaler Gewalt gegen die Patrioten von Eritrea vorgeht. Schon lange beliefert Castro das Regime mit schweren Waffen und Soldaten, die gegen die Patrioten eingesetzt werden. Kubanische Soldaten sind als Söldner Moskaus in mehreren afrikanischen Ländern stationiert, um den Einfluß der Sozialimperialisten auf diesem Kontinent zu sichern und auszuweiten. Für seine Verdienste um das Militärregime, die unter anderem in der Bombardierung eritreischer Dörfer und Städte durch kubanische Piloten bestehen, bekam Castro in Addis Abeba einen Orden.

Simbabwe (Rhodesien)

Als Reaktion auf das Anschwellen des bewaffneten Kampfes der Patrioten hat das rassistische Smith-Regime die Verhängung des Kriegsrechts über Teile des Landes angekündigt. Am Wochenende wurde die allgemeine Wehrpflicht auch für die Schwarzen verfügt. Das bedeutet: Smith will die Angehörigen des Volkes von Simbabwe zwangsweise in seine Armee einziehen und sie gegen die Patrioten einsetzen.

Nigeria: Streik bei VW

Für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen sind die 2.550 Arbeiter des nigerianischen VW-Werks in den Streik getreten. Die Konzernherren reagierten darauf mit der brutalen Aussperrung der ganzen Belegschaft und ließen Polizeikräfte vor dem Werk aufziehen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	206 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Bürgerkrieg in Nicaragua

Nicaragua in diesen Tagen. Zehntausende haben sich erhoben, mit der Waffe in der Hand, um das verhaßte Blutregime des Diktators Somoza zu stürzen. Leon, die zweitgrößte Stadt des Landes, in der Hand des kämpfenden Volkes, ebenso Masaya und einige andere Orte. Somoza verhängt das Kriegsrecht über ganz Nicaragua. Seiner Armee, der Nationalgarde, gelingt es nicht, im Kampf Haus um Haus die befreiten Städte zu erobern. Zu stark ist der Widerstand des Volkes, das mit den einfachsten Waffen, mit Jagdgewehren und Molotow-Cocktails der von Washington bis an die Zähne bewaffneten Nationalgarde entgegentritt.

Und wieder läßt Somoza die Panzer rollen, Jagdbomber aufsteigen, die die befreiten Städte mit Granatfeuer und Bombenhagel belegen. Masaya, so berichten Augenzeugen, ist heute nur noch eine Trümmerwüste. Auch Esteli ist in Brand geschossen, San Felipe, ein Vorort Leons, in Schutt und Asche gebombt worden. Gewiß, Somoza kann ganze Städte „ausradieren", wie es in der Sprache der Faschisten heißt, aber er kann nicht den Aufstand, den Bürgerkrieg


Verwundete Kämpfer werden von einer Krankenschwester versorgt.

auslöschen. Denn es ist ein ganzes Volk, das gegen seine Herrschaft steht. Ein Volk, das über lange Monate hinweg mit Generalstreiks und Massendemonstrationen gegen das Regime angetreten ist und das nun bereit ist, im bewaffneten Kampf das Blutregime zu vernichten.

Immer wieder wurden in den letzten Tagen und Wochen bewaffnete Angriffe auf Kasernen der Nationalgarde gemeldet. Und auch der Generalstreik weitet sich immer mehr aus. Der überwiegende Teil der Staatsangestellten, die von Somoza zum Streikbruch gezwungen wurden, weigerten sich, den kämpfenden Werktätigen in den Rücken zu fallen. Der Diktator selbst hat sich schon vor Wochen in einem Bunker im Hauptquartier der Nationalgarde verkrochen, den er nur noch selten verläßt. Sein Schicksal wäre längst besiegelt, hätte er nicht mächtige Freunde. Und die sitzen in Washington.

So ergießt sich jetzt ein Strom der finstersten Elemente nach Nicaragua: US-amerikanische Söldner mit „Vietnam-Erfahrung", Exil-Kubaner, Offiziere des im Volkskrieg gestürzten Saigoner Regimes. Angeworben werden diese Berufskiller in aller Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten. Und einer der Werber, ein gewisser Guy Albadon aus New Mexico, gab in der letzten Woche auch frank und frei zu, daß das Geld zur Bezahlung der Söldner aus Washingtoner Quellen stammt. Dieser Banden bedient sich der US-Imperialismus immer dann, wenn er bei seinen militärischen Angriffen nicht mit offiziellen Armee-Einheiten in Erscheinung treten will. Erinnert sei nur an die 1961 von Kennedy befohlene „Schweinebucht-invasion" auf Kuba, die allerdings kläglich scheiterte. Auch sie wurde von exilkubanischen Söldnern unternommen, die von den Experten Washingtons für diesen Überfall ausgebildet worden waren. Der Ausgangspunkt dieser Invasion war übrigens der nicaraguanische Hafen Puerto Cabeza.

Schon immer war das kleine Land in Mittelamerika eine Basis für die Aggressionen der amerikanischen Imperialisten auf dem Kontinent. Bis 1933 standen US-Truppen direkt als Besatzungsmacht im Land. Dann wurde von ihnen die Nationalgarde gebildet, unter dem Kommando amerikanischer Offiziere, eine Truppe, deren Instruktionen bezeichnenderweise bis heute nicht in der spanischen Landessprache, sondern in Englisch abgefaßt sind. Zum Kommandanten dieser Truppe und zum Präsidenten des Landes machten die Wallstreet-Bosse den faschistischen Abenteurer Somoza. Und nachdem diese Kreatur bei einem Attentat sein verdientes Ende gefunden hatte, setzten sie seinen Sohn, den heutigen Diktator auf den Präsidentensessel.

In zynischer Offenheit sagte der frühere US-Präsident Roosevelt über den älteren Somoza: „Er ist ein Hundesohn, aber er ist **unser** Hundesohn." Ja, die Somozas sind ihre Geschöpfe, Kreaturen der amerikanischen Imperialisten. Unter ihrer Herrschaft wurde Nicaragua zu einem Paradies für die US-Monopole. Sie genießen dort vollständige Steuerfreiheit. Sie zahlen Löhne, die um vieles niedriger sind als in den USA. Und die Hafenanlagen, die Straßen, die sie brauchen, um ihre Produkte transportieren und auf den Weltmarkt werfen zu können, muß das nicaraguanische Volk aus den Steuergeldern zahlen, die ihm abgepreßt werden.

Um dieses Ausbeuterparadies zu verteidigen, um ihre militärischen Positionen in Nicaragua zu sichern, stehen heute die Wallstreet-Bosse gemeinsam mit ihrem Lakaien Somoza gegen das Volk, das sich zum Aufstand erhoben hat. Und es geht ihnen dabei nicht nur um ihre Macht in Nicaragua selbst. Immer häufiger und offener wird in Washington in letzter Zeit die Befürchtung ausgesprochen, daß der revolutionäre Funke überspringen könnte auf die anderen Länder Mittelamerikas. Und das gerade zu einem Zeitpunkt, wo sich die US-Imperialisten bemühen, eine „zentralamerikanische Streitmacht" unter ihrem militärischen Kommando zusammenzuzimmern, die ihre Macht über diesen Teil des Kontinents absichern soll.

Deshalb schicken sie ihre Söldner gegen das Volk von Nicaragua, finanzieren sie weiter die faschistische Nationalgarde Somozas. Nach dem ersten Anschwellen der Kämpfe vor einem halben Jahr versuchte Carter noch eine seiner Menschenrechtskomödien aufzuführen, für die er ja bekannt und berüchtigt ist. Mit großem Lärm wurde die Waffenhilfe für Somoza als beendet erklärt. Geliefert aber wurde trotzdem, und später wurde dann auch die Sperre offiziell wieder aufgehoben. Sogar die israelischen Zionisten spannte Washington dabei ein. Vor kurzem landete die „Yaffo" aus Israel schwere Granatwerfer, Kampfhubschrauber, schwere Maschinengewehre usw. in Nicaragua. Auf dem ersten Höhepunkt der Kämpfe, als unter dem Feuer aus US-Waffen in den Händen der Nationalgarde schon Hunderte von Demonstranten und Streikende zusammengebrochen waren, als die Fliegerbomben „Made in USA" schon in den befreiten Orten detonierten, da richtete Carter ein persönliches Schreiben an Somoza, in dem er ihm bestätigte, daß sich die Menschenrechtssituation in Nicaragua „ausgesprochen verbessert" hätte.

So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß nach wie vor Angehörige der US-Armee dafür sorgen, daß sich die Situation in dem mittelamerikanischen Land noch weiter im Sinne Carters und seiner Hintermänner „verbessert". Das wurde wieder einmal deutlich, als kürzlich das Flugzeug des faschistischen Generals Alegrett zum Absturz gebracht wurden. Dabei fand nämlich nicht nur dieser verhaßte Gefolgsmann Somozas sein verdientes Ende (er hatte vor drei Wochen den Sturm auf Matagalpa befehligt — der RM berichtete darüber). Mit ihm hatten in der Maschine gesessen: der Vietnamese Van Nguyen und die US-Amerikaner Echanis und Sanders, Angehörige der berüchtigten „Ledernakken".

So versuchen die amerikanischen Imperialisten mit allen Mitteln, mit Dollars und Waffen, mit Söldnern und Militärexperten ihre Macht über ein fremdes Land und ein fremdes Volk aufrechtzuerhalten. Die Ereignisse in Nicaragua entlarven ein weiteres Mal die blutige und terroristische Fratze dieser Supermacht. Das Volk von Nicaragua, das in diesen Tagen dafür kämpft, sich der Herrschaft dieser Macht und ihres faschistischen Marionettenregimes zu entledigen, hat die breite Sympathie der Völker auf der ganzen Welt.



Nicaragua hat etwa 2,3 Millionen Einwohner. Die Mehrheit des Volkes muß in elenden Verhältnissen leben. 60 Prozent der Einwohner sind Analphabeten. 50 Prozent der Neugeborenen sterben, bevor sie das Alter von fünf Jahren erreicht haben. Die Arbeitslosenquote beträgt 35 Prozent. Der Lohn eines angelernten Arbeiters liegt bei umgerechnet 54 Pfennig pro Stunde.

Neben den US-amerikanischen Monopolen und der Somoza-Clique, der unter anderem 18 Prozent des bebauten Bodens gehört, sind auch die westdeutschen Monopole wie Siemens, BASF, Hoechst usw. an der Ausbeutung der Werktätigen beteiligt. Der Diktator Somoza ist unter anderem auch Chef der Mercedes-Vertretung des Landes.

Iran: Trotz Kriegsrecht

Der Kampf geht weiter

Teheran, Hauptfriedhof. Wie überall in der Stadt, so sind auch hier Armee-Einheiten aufgezogen. Soldaten sichern die Eingänge. Sie sollen verhindern, daß sich aus der Trauer um die Opfer des Massakers vom vorletzten Freitag neue Demonstrationen entwickeln. Aber trotzdem strömen die Menschen aus der Hauptstadt zum Friedhof. Sie klettern über die hohen Mauern. Und dann sind es über 10.000 Demonstranten, die sich in einem gewaltigen Zug zusammenschließen. „Mordebad Schah — Tod dem Schah!" Dieser Ruf ist nicht verhallt, trotz Kriegsrecht, trotz des gnadenlosen Mordterrors, den das Regime gegen das Volk betreibt.



Auf der Suche nach getöteten Angehörigen. Tausende versammelten sich auf dem Friedhof Beheshte Zehra, südlich von Teheran.

Auch in der vergangenen Woche gingen überall im Lande Werktätige auf die Straße, um für den Sturz der verhaßten Diktatur zu demonstrieren. An einigen Orten kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Armee des Schahs. Auch in Teheran wurden in der letzten Woche Schießereien gemeldet. Erschütternde Szenen spielten sich in dem Ort Rey in der Nähe der Hauptstadt ab. Hier wurden die meisten der Toten begraben, die bei dem Massaker in Teheran ermordet wurden. Mit Bussen, Taxis und anderen Wagen kamen Tausende nach Rey, um unter den Toten im Leichenschauhaus nach Angehörigen zu suchen. Wie Augenzeugen berichten, lagen dort auch die gräßlich zugerichteten Körper von Kindern. Ein Beweis dafür, daß die faschistischen Truppen mit äußerster Brutalität wahllos in die Menge geschossen hatten.

Hier in Rey wurde davon gesprochen, daß allein in Teheran 2.000 Menschen durch das Gewehrfeuer, die Bordkanonen der Militärhubschrauber ermordet wurden. Es wurde über den Terror der Schah-Armee berichtet, aber auch über solche Vorfälle: Als an dem Blutfreitag der Befehl zum Feuern gegeben wurde, drehte einer der Soldaten das Gewehr um und erschoss seinen Komandanten.

Inzwischen hat das Regime weitere Truppen nach Teheran geworfen. An allen wichtigen Punkten der Stadt sind sie aufgezogen, mit amerikanischen Panzern und russischen Militärlastwagen. Sondermilitärgerichte wurden eingerichtet. Sie können unter den Bedingungen des Kriegsrechts jeden anklagen und sofort aburteilen, auch vor ein Erschießungskommando stellen. Eine gewaltige Verhaftungswelle läuft durch das Land. Genauere Angaben über den Justizterror, der dem Terror der Militärs auf dem Fuße folgt, liegen nicht vor. Sein Ausmaß aber kann man sich vorstellen, wenn man hört, daß sogar elf Journalisten der Regierungszeitung „Keyhan" wegen „aufreizender Reportagen" im Kerker verschwanden. Der Schah selbst versucht mit provokativer Unverschämtheit, die Sache so hinzudrehen, als richte sich die Verhaftungswelle gegen korrupte Beamte. Und die Tatsache, daß einige ehemalige Minister in Teheran angeklagt wurden, hat auch die Bonner Presse aufgebauscht und weidlich ausgeschlachtet, um so die Lügen des Schahs zu stützen.

Überhaupt, diese Lumpenpresse steht auch jetzt nach den Massakern Gewehr bei Fuß, um dem Mörder auf dem Pfauenthron zu huldigen. Da entwirft die „Bild"-Zeitung vom Schah das Portrait eines armen verfolgten Menschen, dem „kommunistische Fanatiker" ans Leder wollen. Und wenn das iranische Regime jetzt für die heftigen Kämpfe im Land eine „Verschwörung aus dem Ausland" verantwortlich macht (vor einigen Wochen waren es noch „fanatische Moslems"), dann bestätigt der „liberale" Westberliner „Tagesspiegel": „Und endlich dürfte der Schah damit seine wahren Gegner in den



Am Straßenrand werden Molotow-Cocktails hergestellt.

Griff bekommen haben, die die soziale, nationale und religiöse Unzufriedenheit nur als Vorreiter ihres Willens zur proletarischen Macht einzuspannen verstanden."

Und bezeichnend auch die Schlagzeile im „Handelsblatt": „Kriegsrecht im Iran — Dahinter Moskau". Die Schreiber dieses Blatts für die Wirtschaftsbosse geben den Sorgen ihrer Leser Ausdruck, wenn sie daran erinnern, „daß der Iran für die Bundesrepublik immer noch der wichtigste Öllieferant ist (mit 18% der deutschen Ölimporte), abgesehen von der Bedeutung als Kunde." Wenn sich im Iran die werktätigen Massen erheben, wenn in den Städten das Blut der Ermordeten fließt — die Herren in den Konzernetagen denken nur besorgt an ihre Geschäfte, an das Öl, das sie im Iran billig kaufen, an ihre Produkte — darunter auch Waffensysteme — die sie dort teuer verkaufen wollen. Der Schah ist ihr Mann, er garantiert ihnen ihre Profite.

Und was ist mit Moskau? Die russischen Imperialisten betreiben ja selbst seit Jahren das profitable Geschäft mit der Diktatur in Teheran. Sicher, jetzt, wo das Regime des Schahs ins Wanken geraten ist, werden sie versuchen, noch stärker Einfluß auf die oppositionelle Bewegung zu bekommen, nicht zuletzt über die revisionistische Tudeh-Partei. Aber das Geschrei des Schahs und seiner Hintermänner über die „Verschwörung aus dem Ausland" soll nur davon ablenken, daß es eben nicht eine Handvoll russischer Agenten, sondern ein ganzes Volk ist, das heute gegen den Teheraner Regime steht. Und daß sie alle eine unheilige Allianz des Terrors gegen dieses Volk geschmiedet haben.

In aller Deutlichkeit brachte das in der vergangenen Woche Carter zum Ausdruck, der Vertreter der Wallstreet-Bosse, die die eigentlichen Herren im Iran sind. Als die Toten der großen Massaker noch nicht begraben waren, hängte er sich ans Telefon und sprach dem Schah gegenüber „sein tiefes Bedauern" über die Opfer aus. Das muß man sich einmal vorstellen: Dem Mörder wird das Beileid ausgesprochen für das Blut, das er selbst vergossen hat. Und natürlich versäumte es Carter auch nicht, ausdrücklich auf sein „enges und freundschaftliches Verhältnis" zum Henker von Teheran hinzuweisen. Und wenige Tage später, am letzten Donnerstag, kündigte das amerikanische Kriegsministerium demonstrativ die Lieferung von 31 weiteren „Phantom"-Bombern an den Iran an.

So zeigt Carter vor aller Welt, daß es in erster Linie die amerikanischen Imperialisten sind, die das Blutregime von Teheran an der Macht halten. An ihren Händen, wie auch an denen ihrer Komplizen in Bonn oder aus den anderen imperialistischen Ländern klebt das Blut zahlloser iranischer Werktätiger. So ist der Kampf, den die Arbeiterklasse in Westdeutschland gegen die Krupp, Thyssen, Siemens führt, die zugleich auch Ausbeuter der iranischen Werktätigen und Waffenlieferanten für den Schah sind, die beste Unterstützung für das iranische Volk in seinem Kampf für den Sturz des Schah-Regimes und die Vertreibung seiner imperialistischen Hintermänner.



Wild haben Soldaten in die demonstrierende Menge geschossen, einer der Toten wird davongetragen. Verzweifelt schreien seine Freunde nach Rache. Am blutigen Freitag von Teheran starben 200 Menschen.

Solidarität mit den iranischen Werktätigen

Unter dem Eindruck des Aufschwungs der Massenkämpfe im Iran und der faschistischen Massaker des Schahregimes kam es an verschiedenen Orten in der Bundesrepublik und im Ausland zu Solidaritätsaktionen mit den kämpfen Werktätigen des Iran. Hier einige Beispiele:

Frankfurt, 16.9. Zwei- bis dreitausend Menschen, zumeist Iraner, demonstrierten gegen das Schah-Regime. Eine Genossin der Partei, die unter den Teilnehmern der Demonstration war, berichtet: Im Zug wurde eine Strohpuppe, die den Schah darstellte, mitgeführt, um bei der Abschlußkundgebung verbrannt zu werden. Auf diese Puppe stürzten sich einige Polizisten und rissen sie weg. Sie konnte jedoch von den Demonstranten zurückerobert werden. Bei der Kundgebung auf dem Römer herrschte eine ausgezeichnete, kämpferische Stimmung.

Als dann der „Schah" verbrannt werden sollte, kam es wieder zu einem Polizeiüberfall. Diesmal noch massiver: mit Wasserwerfern wurde der Platz freigespritzt. Die Demonstranten setzten sich jedoch zur Wehr. Es entwickelten sich heftige Kämpfe, bei denen es auch Verletzte gab. Ein Teil der Demonstranten wurde z. B. in die Cafés, die auf den Terrassen am Römer liegen, getrieben. Hier gab es Kämpfe mit Tischen und Stühlen. Einige Demonstranten, darunter auch einer der beiden Redner, wurden willkürlich festgenommen.

Bonn, 11.9. Auch hier ging die Polizei gegen iranische Demonstranten vor, die vor der Botschaft ihres Landes demonstrierten, und nahmen einen von ihnen fest. Die Pforten der Botschaft waren während der Kundgebung dicht verschlossen. Empörte Teilnehmer warfen ein Fenster ein.

Hamburg. Mehrere iranische Studenten haben hier mit einem Hungerstreik begonnen. Die Ortsgruppe der RHD überbrachte ein Solidaritätsschreiben und versorgte die Genossen mit Mineralwasser.

Rom, 10.9. Hunderte von Demonstranten gingen auf die Straße und warfen voller Haß Brandbomben auf Einrichtungen des Schah-Regimes. Gegen die Polizeikräfte setzten sie sich mit Barrikaden zur Wehr.

Paris, 12.9. In einer machtvollen Demonstration gingen 15.000 Menschen auf die Straße, um sich mit den iranischen Werktätigen zu solidarisieren.

Belgien:

Mineralölarbeiter im Streik



„Wir haben ein Recht auf Arbeit", steht auf dem Transparent der Arbeiter.

Seit dem letzten Montag stehen die Beschäftigten der belgischen Mineralölindustrie im Streik. Bei Redaktionsschluß war noch kein Ende des Ausstands abzusehen. Worum geht es? Am Beginn des Kampfes stand ein Beschluß des amerikanischen Multis „Occidental Petroleum Corporation". Die US-Bosse wollten ihre Filiale in Antwerpen, die RBP, schließen und 446 Kollegen auf die Straße werfen, weil sie ihnen nicht mehr genug Profit brachten.

Seit im Sommer diese Pläne bekannt wurden, nahmen die Arbeiter und kleinen Angestellten von RBP den Kampf gegen die Stillegung des Werkes auf. Demonstrationen in Antwerpen und Brüssel wurden organisiert, Straßen in der Nähe der Raffinerie verbarrikadiert. Bei allem jedoch hatten die Kollegen keine Unterstützung durch die Gewerkschaftsführer. Die Bonzen wollten den Kampf, die Aktionen auf die RBP beschränken, obwohl die Auseinandersetzung eine große Bedeutung für die ganze Branche hat. Denn in den Tarifverträgen ist auch eine Klausel über die Garantie der Arbeitsplätze erhalten. So liegt es auf der Hand, daß das brutale Vorgehen der „Occidental", die sich einen Dreck um Verträge schert, auch die Bosse anderer Betriebe zu einem härteren Vorgehen gegen die Kollegen ermuntert.

Unterstützung und Solidarität fanden die RBP-Arbeiter bei den ca. 5.000 Kollegen in den anderen Werken der Mineralölindustrie. Vor allem, als sie vor zwei Wochen zu militanteren Formen des Kampfes übergingen. Sie besetzten nämlich das Direktionsgebäude der RBP. Und nicht nur für einige Stunden: sie hatten Zelte mitgebracht, um sich für eine lange Zeit des Kampfes einzurichten. Inzwischen ist die Besetzung auf den ganzen Betrieb ausgeweitet worden.

Unter dem Druck der Aktionen bei der RBP und der Kampfforderungen der anderen Kollegen der Branche mußten die Gewerkschaftsbonzen schließlich grünes Licht für einen Vollstreik geben. Die Kapitalisten setzen alles daran, diesen Kampf zu brechen. Sie versuchen, die Frauen der Arbeiter unter Druck zu setzen — allerdings vergeblich. Sie schickten einem Streikenden der RBP sogar nachts die Polizei ins Haus — wegen Sabotageverdacht. Und sie versuchen den Streik zu unterlaufen, indem sie Öl in den Nachbarländern ordern (in Frankreich, der Bundesrepublik und den Niederlanden).

Deshalb haben die belgischen Mineralölarbeiter die Gewerkschaften dieser Länder aufgerufen, solche Streikbruchaktionen zu verhindern. Die Reaktionen auf diese berechtigte Forderung: die niederländischen Gewerkschaftsverbände — so konnte man hören — „erwägen" Solidaritätsaktionen. In der Zentrale der IG Chemie sind offenbar noch nicht einmal Erwägungen angestellt worden. Die Bonzen halten sich an die altbekannte DGB-Taktik gegenüber solchen Solidaritätsaufrufen: einfach totstellen. Die belgischen Kollegen jedenfalls haben die Sache in den letzten Tagen selbst angepackt: Streikposten zogen auch an einigen Grenzübergängen auf, um den Transport von Mineralöl nach Belgien zu verhindern.

Herbstmanöver '78
Menschenopfer eingeplant

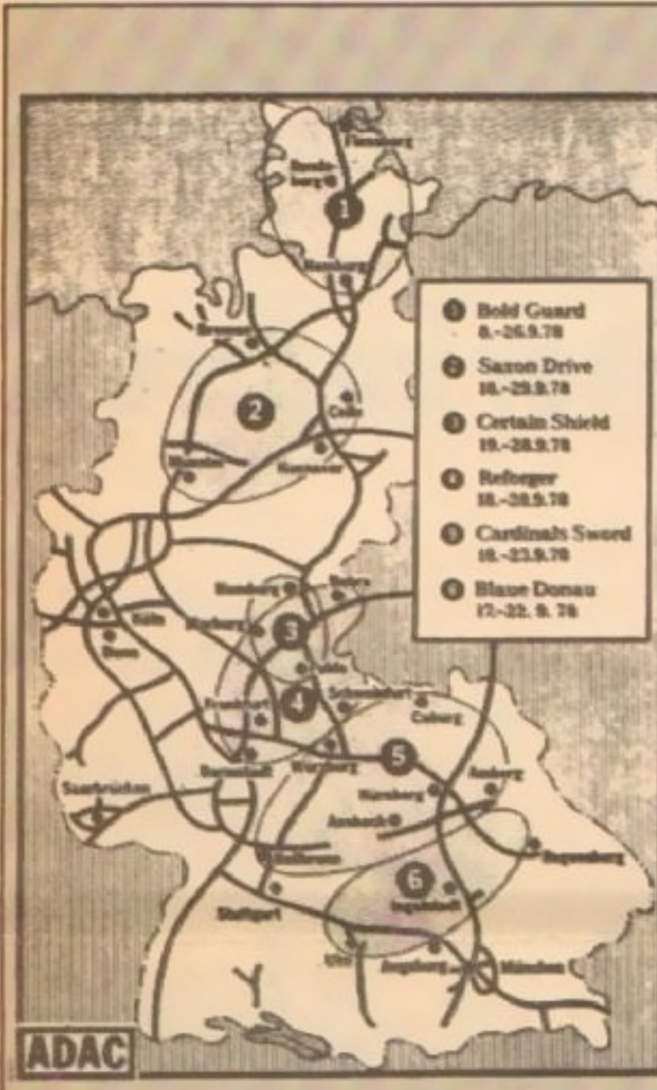
Mit der Übung „Bold Guard" begann am 8. September die Serie der Herbstmanöver des aggressiven NATO-Blocks auf westdeutschem Boden. Insgesamt 200.000 Soldaten samt Kriegsgerät werden bis in den Oktober hinein die Straßen der Bundesrepublik unsicher machen, die Zivilbevölkerung bedrohen, Sach- und Flurschäden in riesiger Höhe verursachen. Allein in Schleswig-Holstein sind im Rahmen der Übung „Bold Guard" 65.000 Soldaten im Einsatz mit 660 Kampfpanzern, 380 Schützenpanzern, 800 Mannschaftstransportwagen, 215 Artilleriegeschützen und 135 Hubschraubern.

Aus dem Manövergebiet erreichten uns bis Redaktionsschluß folgende Berichte:

Husum: Schon zwei Tage vor Manöverbeginn kam es in Husum zu einem Zwischenfall. Ein Militärfahrzeug war unter einer Eisenbahnbrücke steckengeblieben und verursachte für zwei Stunden einen Stau auf der B5.

Am 9.9. blockierten ca. fünf bis sieben, wegen Motorschäden liegengebliebene Versorgungsfahrzeuge der US-Armee eine Seite der Straße vor dem Bahnhof Husum. Bewacht wurden sie von zwei bewaffneten Posten.

„Bold Guard" ist erst der Anfang. Am 17., 18. und 19. September begannen 5 weitere NATO-Manöver — „Saxon Drive", „Certain Shield", „Reforger", „Cardinals Sword" und „Blaue Donau" —. die nun weite Teile Niedersachsens, Hessens und Bayerns in Mitleidenschaft ziehen. In Südbaden veranstaltet zusätzlich die französische Armee — außerhalb der NATO-Manöver — eine eigene Übung „Pegasus". Seit dem 18. September schließlich donnert die NATO-Luftwaffenübung „Cold Fire" über das gesamte Bundesgebiet hin; B-52-Bomber aus den USA simulieren Bombenabwürfe aus großer Höhe; Mit Tiefflügen ist — wie es heißt — auch in den Abend- und Nachtstunden zu rechnen.



Diese Karte veröffentlichte der Allgemeine Deutsche Automobil Club (ADAC) zusammen mit einer Warnung: In den eingezeichneten Manövergebieten könne es zu „gefährlichen Situationen mit Militärfahrzeugen" kommen. Der Autofahrer solle stets mit „unvorhersehbaren Behinderungen" rechnen. Er solle im „Zweifelsfall" den „schwerfälligen Panzern Platz machen" und gegebenenfalls auf das Überholen oder auf ein mögliches Vorfahrsrecht verzichten. — Warum eigentlich nicht gleich aufs Autofahren?!

Ascheberg: Zu einem empörenden Zwischenfall kam es in der Nähe von Ascheberg. Hier scheuchten Militärfahrzeuge einer ausländischen Einheit ein Turnierpferd, das gerade ausgeritten wurde, zu Tode. Der Fahrer des ersten der Fahrzeuge machte sich — wie die „Kieler Nachrichten" schreiben — einen Spaß daraus, das Pferd durch dichtes Heranfahren und lautes Motorheulen zu erschrecken. Das Pferd brach von der Straße aus und verfing sich in einem Weidezaun. Während die Reiterin unverletzt blieb, wurden dem Pferd Muskeln, Sehnen und Adern der Vorderläufe bis auf die Knochen durchschnitten. Das Pferd mußte getötet werden. Die Fahndung nach den uniformierten Tierquälern blieb natürlich erfolglos!

Die riesigen Militärübungen dienen nicht, wie die NATO-Strategen lauthals verkünden, der Verteidigung des Friedens und der Freiheit der westdeutschen Bevölkerung. Sie sind vielmehr ein Teil der Kriegspolitik der amerikanischen Imperialisten und ihrer westeuropäischen Verbündeten, vor allem der westdeutschen. In ihrer Anlage und ihrem Ablauf schon enthüllen die Manöver die militaristischen Pläne der Imperialisten, die im Kampf um Rohstoffe und Einflußsphären unser Land gegebenenfalls in einen Kriegsschauplatz verwandeln wollen.

Mannheim
Mit Polizeipferden gegen Antifaschisten

Fortsetzung von Seite 1

Mannheim ja auch die Stadt, in der jüngst ein Verwaltungsgericht der NPD die Verfassungstreue bescheinigt hatte. Und auf dem Boden dieser Verfassung steht selbstverständlich auch die SPD.

Die Antifaschisten jedoch ließen sich das Recht auf die Demonstration nicht nehmen. Sie weigerten sich, auf die von den Behörden angebotene Ersatzroute auszuweichen, die in abgelegene Gebiete führte. Die 2.000, unter ihnen auch Genossen der Initiative für eine Front gegen Reaktion und Faschismus, Genossen der Partei und der Roten Garde, setzten sich in Richtung Rosengarten in Bewegung. Kurz vor dem Tagungsort der Nazis kam es dann zu dem eingangs beschriebenen Polizeiüberfall. Genossen der Partei und anderen Antifaschisten gelang es, die versprengte Demonstration wieder zusammenzuschließen. Obwohl man sich jetzt auf der genehmigten Route bewegte, kam es immer wieder zu Überfällen durch Polizeigreiftrupps.

Den ganzen Tag über gab es im Bereich des Rosengartens und anderswo brutale Einsätze der Polizei. Genossen berichten von Vorfällen wie diesem: Eine Frau wird von Polizisten zusammengeschlagen. Und als sie schon am Boden liegt, wird ihr eine volle Ladung aus der Chemischen Keule ins Gesicht gesprüht. Insgesamt werden bis zum Nachmittag rund 150 Antifaschisten und unbeteiligte Passanten festgenommen. Aber trotz des Polizeiterrors haben die Nazis bei ihrem Parteitag keine Ruhe. Am Nachmittag hat sich die Zahl der Demonstranten noch vergrößert. 5.000 sind es schließlich, die aus allen Richtungen bis zum Rosengarten vorgedrungen sind und dort die braune Bande regelrecht belagern. Auch hier wieder berittene Polizei, Greifkommandos. Mit Knüppeln und mit Gas wird eine Straße vor dem Rosengarten regelrecht freigehauen. Mit den Pferden wird so hart in die Demonstranten hineingeritten, daß ein Tier scheut und dann — unter dem Beifall der Antifaschisten — mit seinem Reiter auf einen Wagen kippt.

Die Belagerung wird aufrechterhalten. Die Nazis wagen sich nicht heraus, obwohl sie schon um 16 Uhr zu einer provokativen Demonstration antreten wollen — die übrigens selbstverständlich erlaubt ist. Ein Sprecher aus Weinheim — auch aus dieser Nachbarstadt hat sich eine Initiative für eine Front gegen Reaktion und Faschismus an dem Kampf beteiligt — gibt über Megafon die Parole aus zu bleiben, solange die Faschisten im Rosengarten sind. Wenn sie weg wollen, sollen sie gefälligst durchs Kanalsystem gehen. Damit ist genau die kämpferische Stimmung unter den Demonstranten zum Ausdruck gebracht worden. Bis in die Abendstunden werden die Nazis festgehalten. Dann gelingt es ihnen über Hintereingänge und unter dem Schutz der Polizei, schließlich das Weite zu suchen.

Ihre Demonstration jedenfalls ist ins Wasser gefallen. Und noch einmal versuchen die Herren im Rathaus ein durchsichtiges Manöver. Oberbürgermeister Ratzel läßt sich vernehmen, er hätte die Demonstration in letzter Minute verboten. Zu einem Zeitpunkt allerdings, wo die Nazis schon Stunden im Rosengarten saßen und sich ohnehin nicht hervorwagten. Die Antifaschisten konnten noch einen weiteren Erfolg verbuchen: Ihre Forderung nach Freilassung aller Festgenommenen wurde erfüllt, bevor sich die Kundgebung am Rosengarten schließlich auflöste.

So war dieser Tag ein voller Erfolg für die Antifaschisten aus Mannheim und der Umgebung. Schon lange nicht mehr konnten so viele Menschen zu einer Kampfaktion gegen die Reaktion zusammengeschlossen werden, wie an diesem Tag. Natürlich hatte es auch Störer und Spalter gegeben. Wie etwa die Führer des KBW, die sich nicht an dem breiten Bündnis beteiligen wollten und es vorzogen, dieses Bündnis als „rechts" zu beschimpfen und dann die breite Propaganda für die Einheitsschule und die Anerkennung der Patriotischen Front von Simbabwe entfalteten. Aber sie ernteten nur Hohn bei den fortschrittlichen Menschen. Für den weiteren Aufbau einer Front gegen Reaktion und Faschismus war dieser Kampftag sicher ein wichtiger Schritt zu einer noch erfolgreicheren Arbeit.

Proteste gegen Nazi-Parteitag in Bünde
Deutsche Polizisten schützen die Faschisten

Bünde ist eine kleine, wenig bekannte Stadt im nördlichen Westfalen, etwa 20 km von Bielefeld entfernt. Am letzten Wochenende aber rückte Bünde in das Blickfeld der Antifaschisten: Die neonazistische NPD hielt im dortigen „Schützenhof" ihren Landesparteitag ab.

Die Durchführung dieses Parteitags war allein durch das massive Polizeiaufgebot möglich. Mehrere Hundertschaften schirmten die Neonazis hermetisch vor den Antifaschisten ab. Es bestand eine Bannmeile, in der jede Gegendemonstration verboten war. — Es war das von anderen Faschistenveranstaltungen schon gewohnte Bild.

Eine — wie sich ein Teilnehmer ausdrückte — „schlappe" Kundgebung des DGB, die 20 Minuten dauerte, wurde ständig von Rufen aufgebrachter Antifaschisten unterbrochen: „Polizisten schützen die Faschisten!" und „Nazis raus aus Bünde!" Nach der Kundgebung des DGB formierten sich ca. 400 bis 500 Antifaschisten zu einer spontanen Demonstration, um dadurch noch einmal ihren Protest gegen den NPD-Parteitag zu bekunden. — Bezeichnend für den angeblichen „Antifaschismus" des DGB war es allerdings, daß er nach seiner Kundgebung seine Busse einfach abfahren ließ. Dadurch mußten 20 Jugendliche aus Lippstadt zurückbleiben, die dann allerdings bei der Demonstration der Antifaschisten mitmarschierten. Mit bei der Demonstration waren auch 60 türkische Kollegen, die dadurch ihre antifaschistische Solidarität ausdrückten.

Gegen die spontane Demonstration setzte die Polizei ihre Schläger ein. Vor allem Demonstranten, die fotografierten — auch ein anderer, der nichts tat, als eine Plastiktüte aufzuheben — wurden zusammengeschlagen und festgenommen. Es kam zu achtzehn Festnahmen, doch die kämpferische Stimmung der Demonstration konnte nicht gebrochen werden! Im Gegenteil! Vielen ist klar geworden, wie wichtig es ist, den Kampf fortzusetzen.

Den obenstehenden Bericht lieferte uns ein Genosse der Bielefelder Initiative für eine Front gegen Reaktion und Faschismus. Die Initiative, in der auch Genossen der Partei und der Roten Garde mitarbeiten, besteht noch nicht lange; aber sie wächst, und während der antifaschistischen Aktionen am letzten Wochenende in Bünde hat sie neue Kontakte geknüpft. — Das Vorgehen der Polizei gegen die Antifaschisten hat vielen die Augen geöffnet.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag Roter Morgen Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9.00-12.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 9.00-12.00 u. 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet: Do 16.00-18.30 und Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/ 43 75 95, geöffnet: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/ 44 51 62, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/ 56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN 2**, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 14.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/260 75 54

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4 65 39 66, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.